

metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschenkt wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungstafte.

Verantwortlich für die Redaktion: Geh. Sekretär.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötschstraße 16 a part.
Telephonus: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgesetzte Kolonelzeile:
Werbeleihvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsserate finden keine Ausnahme.

386300
EXEMPLAREN

In einer Aufl. von

erscheint diese Ztg.

Ein Klassenkampf in der Schweiz.

Eine „Volksabstimmung“ in einer Fabrik ist kein alltägliches Ereignis. Sie gewinnt an besonderer Wichtigkeit und Bedeutung, wenn der „Herr im Hause“ sie veranstaltet, um in einem wirtschaftlichen Kampfe einen „Vollentscheid“ zu dem ausgesprochenen Zweck heranzuziehen, ihn gegen die gewerkschaftliche Organisation auszuspielen, die Unorganisierten also gegen die Organisierten mobil zu machen.

Dieser Fall hat sich wirklich in Winterthur ereignet und es hat ihm die Arbeiterschaft des ganzen Landes die größte Beachtung geschenkt. Der Sachverhalt ist folgender. In Winterthur stellten am 1. Juni d. J. circa 950 Bauarbeiter die Arbeit ein. Da fast sämtliche Streikende Italiener waren, so riefen die meisten von ihnen ab und es blieb nur ein kleines Häuflein als Streikposten zurück. Diese Taktik ist vom finanziellen Standpunkt aus für die Gewerkschaft sehr vorteilhaft und auch recht zweckmäßig im Hinblick auf die sogenannte „öffentliche Ruhe und Ordnung“, deren Gefährdung in den Augen der bürgerlichen Interessen bei Unwesenheit von etwa 900 streikenden Italienern eine permanente sein würde, die nur durch Belagerungszustand und militärische Besetzung beschworen werden könnte.

Die Forderungen der Bauarbeiter sind die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9½ und in zwei Jahren auf 9 Stunden (im laufenden Jahre wollten die Arbeiter noch 10 Stunden arbeiten); ferner entsprechende Erhöhung der Stundenlöhne. Die Unterhandlungen scherteten an der Weigerung der Unternehmer, eine Arbeitszeitverkürzung anzusehen, wobei sie sich auf einen Beschluss des schweizerischen Baumeisterverbandes beriefen, daß mit der Arbeitszeit nicht unter 10 Stunden täglich gegangen werden dürfe. Es tauchte auch der bekannte Oberstfachtmacher Sulzer-Ziegler, Maschinenfabrikant und Nationalrat, auf, der in seinem Hofblatt, dem Neuen Winterthurer Tageblatt, durch Artikel die Baumeister schaft machte und mit faulen Argumenten den Befehl deloktierte: Es darf nicht unter 10 Stunden herabgegangen werden! Selbst wenn die Bauunternehmer, oder doch einzelne von ihnen, die Forderungen der Streikenden bewilligen möchten, sie dürfen nicht bei Verlust ihrer Existenz und bei der Gefahr ihrer gesellschaftlichen Rechtfertigung. Wie der Baumeisterverband will eben auch der Verband der Maschinenindustriellen bis zum jüngsten Tage am Bahnstundenntag festhalten. Beteiligen aber die Baumeister die 9½- oder 9stündige Arbeitszeit, so würden auch die Metallarbeiter und die Arbeiter anderer Industrien mit den gleichen Forderungen kommen und es könnte so der „prinzipielle Zehnstundentag“ der Unternehmer und Schermauer geopfert werden müssen. Darum auch protestieren die Herren immer und überall mit Energie gegen die Einführung des Neunstundentages in Staats- und Gemeindebetrieben, die sich nach den „Bedürfnissen der Privatindustrie“, wie die verlogene kapitalistische Phrase lautet, richten, das heißt, die Arbeiter ebenso in der tiefsten Niedrigkeit erhalten sollen, wie die unersättlichen und raffigsten Ausbeuter es tun.

Dieser unmögliche Standpunkt, der Machtstandpunkt des Herrn im Hause, ist aber erfreulicherweise schon oft von der Arbeiterschaft über den Haufen gerannt worden und das immer wieder neu bestätigte Vollwert wird auch immer wieder erfüllt. Es sei nur daran erinnert, wie ehemals die 18-, 15-, 12- und 11stündige tägliche Arbeitszeit in Gewerbe und Industrie herrschte und in jedem Falle die Unternehmer davon schheiterten, da einmal zum Beispiel der Zehnstundentag ihr Prinzip sei und sodann eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit ganz unfehlbar den Ruin der Industrie zur Folge haben würde. Die Arbeiter glaubten aber in seinem Stadium der industriellen Entwicklung an diese kapitalistischen Nachtpfauen und lügen, rebellisch kämpften sie dagegen an und fortwährend verbastachten die Unternehmer ihr 15ständiges „Prinzip“ mit dem 12ständigen, das 12ständige mit dem 11ständigen, das 11ständige mit dem 10ständigen, das 10ständige mit dem 9ständigen und sogar das 9ständige mit dem 8ständigen „Prinzip“. Freilich behaupten sie heute noch das Zehnstundentagprinzip, wo die 10ständige Arbeitszeit besteht, aber eben auch nur so lange, bis ihnen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft das Neunstundentagprinzip aufzwingt. Hat doch dasselbe Sulzer-Ziegler, der heute noch in seiner Winterthurer Maschinenfabrik am Zehnstundentag festhält und auch andere Unternehmer davon abhält, eine kürzere Arbeitszeit einzuführen, in seiner Maschinenfabrik in Ludwigsfelde a. Rh. die 9½ stündige Arbeitszeit einführen müssen. Wie's trifft. In Winterthur sind 10 Stunden „Prinzip“, in Ludwigsfelde a. Rh. 9½ Stunden.

Aber auch in der Schweiz haben zahlreiche Betriebe der Metall- und Maschinenindustrie wie anderer Industrien bereits eine tägliche Arbeitszeit von unter 10 bis herab zu 8½ und 8 Stunden und ist so das Zehnstundentagprinzip schon längst ein durchlöchertes Pallier, dessen gänzliche Erfüllung durch die organisierte Arbeiterschaft nur eine Frage der Zeit ist. —

In Winterthur hatten zahlreiche öffentliche und private Bauprojekte, zum Teil solche von großer Bedeutung, für die Summen von Millionen Franken erforderlich sind, der Ausführung. Hunderttausende gehen den Bauunternehmern an Profiten verloren und darum ihre tiefe Entrüstung über die ungefährliche Fortdauer des Streiks. Biederholz wurden mit dem Aufwand großer Summen und unter schwierigsten Vorspiegelungen Streikbrecher aus Tirol und Italien herangeführt, aber jedesmal konnten sie von den Streikenden wieder fortgeschafft werden, die meisten ohne Schwierigkeiten, weil sie nach erfolgter Ausflütung über den Streik sich weigerten, Streikbrecher und Biederholz zu machen. Nur circa zwei Dutzend Slowenen

könnten bis jetzt noch nicht wieder eingepfört werden. Dagegen haben sich leider einige Hundert brave „Eidgenossen“, schweizerische Lumpenproletarier, die als „Fabrikarbeiter“ und „Gnadenströfe“ am liebsten arbeiten, wenn andere Arbeiter um bessere Arbeitsbedingungen streiken, gefunden, die, allen möglichen Berufen angehörig oder auch ungelernte Arbeiter, gegen hohe Löhne für geringe und schlechte Leistung die Raubstreiter und Streikbrecher machen. Aber geholfen ist mit ihnen den Baumstern nicht, denn sie sind nur Parabearbeiter, aber keine brauchbaren Arbeitskräfte und so kann mit ihnen auch nicht viel an Bauarbeiten ausgeführt werden.

„Brennend“ ist der Streik in den letzten Wochen geworden, da die Firma Gebr. Sulzer gerade in der Zeit des Streiks ein neues Gleiseregebäude erstellen lassen wollte, es aber wegen der Fortdauer des Streiks nicht ausführen lassen konnte. Sie sandte nun einen förmlichen Drohbrief an den Vorstand der Arbeiterunion, in dem sie sich über die Verhinderung ihrer Bauarbeiten beschwerte und erklärte, daß sie Arbeiter entlassen müsse, wenn die neue Gleiserie nicht rechtzeitig fertig werde und daß dann von den notwendigen Entlassungen die Mitglieder des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes betroffen werden würden. Gleich darauf lud die Firma, die bis dahin noch nicht mit Organen der Arbeiterschaften direkt unterhandelt hatte, den Unionsvorstand nebst dem Vorstand der Arbeiterkommission der Fabrik zu einer Konferenz ein, die jedoch resultlos verlief. Die Metallarbeiter aber, die seit Monaten an den freien Samstagnachmittagen Massenspaziergänge zu den Baustellen zur Besichtigung der Streikbrecher gemacht hatten, erklärten sich aufs neue in einer Massenversammlung mit den streikenden Bauarbeitern solidarisch.

Diese imposante Kundgebung wurrte die Firma Sulzer sehr und sie machte einen neuen Schachzug mit einem „Läufer“, indem sie an alle ihre Arbeiter folgendes Flugblatt verteilen ließ:

„Unsere Arbeiterschaft! Im Zusammenhang mit dem hiesigen Maurerstreit ist ein Konsult entstanden zwischen unserer Firma und demjenigen Teil unserer Arbeiterschaft, der der sozialistischen Organisation, speziell dem Metallarbeiter-Verband angehört. Das Arbeiterssekretariat Winterthur, das Organ der hiesigen Arbeiterunion, von der die hiesige Metallarbeiter-Verband ein Hauptbestandteil ist, macht alle möglichen, direkt gegen unsere Firma gerichteten Anstrengungen, um die Ausführung des von uns in Angriff genommenen großen Neubaues zu verunmöglichten. Dieser, von uns schon vor Jahren in Aussicht genommene Neubau bedeutet den Erfolg veralteter Fabrikgebäude durch solche, welche den Anforderungen der modernen Werkstatttechnik und modernen Arbeitsmethoden entsprechen und ist bestimmt, das Geschäft im internationalen Wettbewerb auf der Höhe zu halten. Es soll darin vorteilhafter produziert werden können, was für die Arbeiter erleichterte Arbeit bedeutet, abgesehen von den hygienischen Fortschritten, die damit ebenfalls zugunsten der Arbeiter realisiert werden. Es war nicht leicht, ein Bauprogramm aufzustellen, das uns gestattet, den laufenden Betrieb aufrechtzuhalten und Störungen und damit Entlassungen von Arbeitern zu vermeiden. Es ist notwendig hierzu, daß bestimmte Termine unbedingt eingehalten werden. Wird uns dies nicht möglich, so sind Entlassungen unvermeidlich und auch uns wird dadurch erheblicher Schaden zugefügt. Man sollte glauben, daß diejenigen, die sich berufen halten, die Interessen der Arbeiter zu wahren, sich der Einsicht obiger Tatsachen nicht verschließen würden, und daß Industrie dafür eher Unterstützung finden sollten, daß sie den Mut haben, in schlechten Zeiten zu bauen, um für die hoffentlich kommenden guten gerüstet zu sein. Das ist aber nicht der Fall. Mit Blindheit gefüllt, lemen die Führer nur eines: die rücksichtslose Durchführung des Maurerstreits. Das Arbeiterssekretariat läßt dabei nicht nur unsere, sondern auch die Interessen unserer Arbeiter zugunsten eines sowieso ausichtslosen und an den Haaren herbeigezogenen Streites von meistens Ausländern. Das inländische Gewerbe wird zugunsten dieser geschädigt. Wir hielten uns verpflichtet, auf die Folgen derartiger unvernünftiger Handlungsmöglichkeit schon jetzt aufmerksam zu machen, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, wenn diese später eintreten, wir hätten die Warnung unterslassen. Es war unsonst. Den Krieg haben nicht wir erklärt, sondern unsere Gegner. Wir nehmen den uns hingeworfenen Feindschaftshut auf und werden den Kampf, wenn nötig, ebenso rücksichtslos gegen unsere Gegner führen, wie er gegen uns geführt wird. Wir bedauern, damit mit jenem Teil unserer Arbeiter in Konflikt zu kommen, der durch seine Zugehörigkeit zur hiesigen Arbeiterunion unsere Gegner unterstellt. Faktret müssen wir für den uns zugefügten Schaden und für die Folgen überhaupt verantwortlich machen, und wenn Entlassungen nötig werden, so werden sie im Kreise dieser vorgenommen werden. Nachdem unsere Marmungen bei den Führern, denen die genannten Arbeiter die Leitung ihrer Interessen anvertraut haben, nichts gebracht haben, werden sie eben die Konsequenzen tragen müssen. Je nach der künftigen Haltung des hiesigen Arbeiterssekretariates behalten wir uns schärfere Maßregeln ausdrücklich vor. Winterthur, 18. Oktober 1909. Gebrüder Sulzer.“

Prompt antwortete die Metallarbeitergewerkschaft mit einem geschickten Gegenzug, indem sie am anderen Tage ebenfalls einen „Läufer“ ausspielte in Form eines Flugblattes, in dem es unter anderem heißt:

„Wenn wir Metallarbeiter einen wichtigen Bestandteil der Arbeiterunion und damit des Sekretariates bilden, so hat die „Humanität“ der Unternehmer uns dazu gezwungen. Hunderten von Arbeitern wurde für die verschundenen, verkippten Knöchen die Entschädigung abgequescht; ungänglich viel Unrecht mußte vorher geduldet werden. Mit dem Ersticken der Organisation kam erst das Recht der Arbeit zur Geltung. Wenn nun mit Gewalt das Aktionsrecht der Arbeiter zertrümmert werden will, so legt diese heimische Taktik, daß die Unternehmer nicht besser geworden sind. Wahrscheinlich, wie haben nichts verschuldet und brauchen deshalb um keine Gnade zu flehen. Nur ein Feigling begibt sich dem Unrecht, der Starke wird sich wehren und dagegen protestieren. Mag die Firma Arbeiter aufs Pfaster werfen, sie ist nicht die erste, die jahrelange Tätigkeit der Arbeiter durst belohnt. Die Organisation aber wird diese Männer nicht verlassen. So gut es unsere Aufgabe ist, die Lage des Arbeiters in allgemeinem zu verbessern zu suchen, so gut werden wir diesen Opfern der Unternehmerwillkür unsichtbare Angelehrer lassen.“

Erregt, von der Wahl Ueberlegung und Erwägung im Stiche gelassen, wagte Herr Sulzer-Ziegler einen Haupschlag, indem er gleichsam die Königin ausspielt, wobei er aber übernahm, daß sie ungedeckt war und daher mit ihrem Verlust auch das Spiel für ihn verloren sein müste. Es wurde die Arbeiterkommission (Arbeiterausschuss), die ausschließlich aus Verbandsmitgliedern besteht, veranlaßt, auf den 18. Oktober, nachmittags, in die große Schiffsbauwerft eine Fabrikversammlung einzuberufen, der aber die erwachsenen Arbeiter bewohnen durften, von der also die Meister, Beamten und Angestellten, die Firmeninhaber selbst, die Jugendlichen und Lehrlinge ausgeschlossen waren. So waren 2200 Arbeiter in der Arbeitsbluse, direkt von der Arbeitsstelle weg, versammelt, um sich für die Firma Gebr. Sulzer oder für die streikenden Bauarbeiter zu entscheiden. Eine Volksabstimmung in der Fabrik von prinzipieller und unmittelbar praktischer Bedeutung. Der Präsident der Arbeiterkommission, ein Genosse, präsidierte, ein anderer Genosse berichtete über die Situation und weitere Genossen beteiligten sich an der Diskussion. Den Standpunkt der Firma vertreten drei unorganisierte Arbeiter, zwei davon Vater und Sohn, die auch eine entsprechende, wohl im Fabrikbüro ausgearbeitete Resolution vorlegten. Nach zirka zweistündigen Verhandlungen kam es zur Entscheidung und sie brachte aller Welt eine große, von den unmittelbar daran Beteiligten natürlich mit sehr verschiedenen Gesichtern aufgenommene Überraschung. Die Resolution der Unorganisierten erhielt nur circa 20 Stimmen, während sich zirka 2180 für die folgende Resolution der Arbeiterkommission und der hinter ihr stehenden Gewerkschaft entschieden:

„Die heutige Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Gebrüder Sulzer gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es der Firma gelingen möge, ihren großen Einfluß bei den Winterthurer Bauern und der Regierung des Kantons Zürich behutsam gegenüber Verständigung der beiden streitenden Parteien geltend zu machen. Im übrigen lehnt es die Arbeiterschaft entschieden ab, auf die streikenden Maurer einen Druck auszuüben. Die verjammelte Arbeiterschaft konstatiert, daß ihre Sympathie nach wie vor auf Seiten der streikenden Maurer steht, sowie die Sympathien der Firma auf Seiten der Bauunternehmer.“

Das ist klar und unzweideutig, ein Vollentscheid, den die Firma gewiß nicht probotet haben würde, wenn sie ihn gehabt hätte. Ihr Chef, Herr Sulzer-Ziegler, hatte gemeint, daß „seine“ Arbeiter nur unter dem Einfluß der Arbeiterssekretäre in der „Selbstverteidigung“ ihre Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern beschlossen hätten. In einer Versammlung der Arbeiter unter sich, also freien jenen Einflüssen und noch dazu in den Fabrikräumen, würden sie ganz anders entscheiden. Er konnte allerdings auch aus dem Grunde zu dieser Annahme kommen, weil von den Arbeitern der Sulzerschen Maschinenfabrik erst die Minderheit gewerkschaftlich organisiert ist, woraus er den Schluss glaubte ziehen zu können, daß die unorganisierte Mehrheit von der Gewerkschaft und ihren Streikungen und von der Solidarität mit den streikenden Bauarbeitern nichts wissen wolle, also dagegen Stellung nehmen und sich für die Firma erklären werde. Die Abstimmung zeigt, daß die große Masse der Unorganisierten von der gleichen Meinung erfüllt ist wie ihre organisierten Kameraden und daß sie aus irgendwelchen Gründen, aber nicht aus grundsätzlicher Gegnerschaft, bisher der Gewerkschaft ferngeblieben ist. Dieser eröffnet der Vollentscheid die frohe Gewissheit, nach und nach alle unorganisierten Kollegen bis auf wenige als Mitglieder zu gewinnen.

Die Sulzersche „Volksabstimmung“ hat auch die Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit der sogenannten „Christlichen Metallarbeitergewerkschaft“ enthüllt, deren Mitglieder für die Resolution der Firma hätten stimmen müssen — auch aus Solidarität, weil die streikbrecherischen „Bauarbeiter“ Mitglieder der sogenannten „Christlichen Bauarbeitergewerkschaft“ sind. Haben sie ebenfalls für die Gewerkschaftsresolution gestimmt, so haben sie ihre „christlichen Bilder“, die auf Bauern Streikbrecher machen, elend verraten.

Was nun? fragt man unwillkürlich. Nun, der Bauarbeiterstreit dauert fort, bis die Baumeister mit oder ohne die Zustimmung Sulzer-Zieglers mindestens die 9½ stündige Arbeitszeit bewilligen, denn nur diese ist der Weg zum Frieden! —

Die Relativität des Arbeitslohnes.

Eine Frage der Theorie und der Praxis.

II.

Dass der Arbeiter das Recht hat, auch über den Intensitätsgrad seiner Arbeit mitzubestimmen, kann gar nicht bestritten werden, die Frage ist nur, ob er hierzu die Macht hat. Da diese Frage eine eminent gewerkschaftliche ist, insoweit die Sache in jeder einzelnen Branche verschieden geregelt ist und eine allgemeine gesetzliche Regelung aussichtslos, so findet sie in den Gewerkschaften von Land zu Land zu nehmen. Das Unternehmertum, das „Herr im Hause“ bleibt will, wird gerade in diesem Punkte einen erbitterten Widerstand leisten und alle Männer springen lassen, um die Pläne der Arbeiterschaft zum Scheitern zu bringen. Die Steigerung der Intensität ist ja das legitime Mittel, die Ausbeutungsschraube anzu ziehen, nachdem das Mittel einer Arbeitszeitverlängerung dem Unternehmertum aus den Händen gebunden worden ist. Das Unternehmertum kämpft also einen verzweifelten Kampf um seine Gewinne, und in diesem Kampfe wird es sein Uebergewicht im Staat in die Waagschale werfen; es wird die Staatsmachinerie noch mehr als heute gegen die kämpfenden Arbeiter anwenden, es wird versuchen, auf dem Wege der Gesetzgebung, den Organisationen Fallstricke und Zugengänge zu legen; am liebsten möchte es die Gewerkschaften erdstossen. Außerdem seinen ökonomischen Machtmitteln wird es auch seinen politischen Einfluss benutzen, um den Angriff des Proletariats abzuwehren.

Baraus folgt mit zwingender Notwendigkeit, daß auf die Gewaltfaktoren politischen Einflusses zu gewinnen, auf diesen müssen und daher bestehende wirtschaftliche Gültigkeiten fest laun, wobei der Wissens- und welche Westpolitik in Deutschland gesieben wird.

Nun ist der Arbeitler aber nicht nur Werkzeug seines Arbeitshabes, sondern er ist auch Hüter des verschiedenen Waren, die er zum Verbrauch und Unterhalt gebraucht. Da muß ihm deshalb nicht nur die Frage interessieren, welchen Lohn er für seine Arbeit bekommt, sondern auch die andere Frage, wieviel Geld er auch eingebracht hat, um für diesen Lohn Kaufkraft zu haben. Der Arbeitler verwandelt seine Waren Arbeitstrafe in Geld und dieses Geld wiederum in verschiedene Waren nach folgendem Schema:

Der Gelbhorn, als Mittelpunkt dieses Austauschdramas, befindet sich in der Mitte des Kreises.

Sich selbe Male in der relativen Wertform, er drückt seinen Wert aus in dem Werte der Ward Arbeitskraft und in dem Gesamtwert der Gebrauchswaren. Bezeichnen wir den Geldlohn mit G , den Wert der Arbeitskraft mit a und den Gesamtwert der Unterhaltungsmittel mit u , so ergeben sich folgende beide Gleichungen:

$$G = a \quad \text{oder} \quad a = G = u.$$

Nach den Regeln der Mathematik kann das eine Glied einer Gleichung dadurch vergrößert werden, daß man entweder zu ihm etwas hinzufügt oder von dem andern etwas abnimmt. Eine Erhöhung des Geldlohnes wird also dadurch bewirkt, daß man den Lohn selbst erhöht oder daß man das für den Lohn geseherte Quantum Arbeitskraft vermindert; oder endlich, daß man den Preis der Unterhaltungsmittel herabdrückt. Eine Preiserhöhung der Ware Arbeitskraft läßt sich somit auf vier verschiedenen Wegen erreichen:
1. Der Arbeitslohn wird erhöht; 2. die Arbeitszeit wird verkürzt;
3. die Intensität der Arbeit wird gehemmt; 4. der Preis der Lebensmittel wird erhöht. Selbstverständlich können auch mehrere dieser Wege zugleich eingeschlagen werden. Umgekehrt kann das Unternehmen das Verhältnis zu ungünstigen der Arbeiterklasse verändern, indem es die entgegengesetzten Wege einschlägt. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit dreht sich also im wesentlichen um den Arbeitslohn, die Arbeitszeit, die Arbeitsleistung und die Lebensmittelpreise. Die drei ersten Differenzpunkte bilden einen Gegenstand des gewerkschaftlichen Kampfes, wobei die politische Arbeiterpartei die Hilfskräfte stellt; der Kampf um die Lebensmittelpreise wird ausgesuchten von der politischen Partei im Parlamente und von den Genossenschaften im Gebiet der Güterverteilung. Daher erscheint die Dritteilung der Arbeiterbewegung in eine gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche als das natürliche Ergebnis des Gegensakes zwischen Kapital und Arbeit.

Was die Frage der Lebensmittelpreise anbetrifft, so beobachten wir hier eine ganz eigenartige Erscheinung. Eigentlich müßten die Preise der Lebensmittel infolge der fortwährend steigenden Produktionskraft der menschlichen Arbeit beständig sinken. Weil wir mit Hilfe von Wissenschaft und Technik heute in der Lage sind, mit demselben Quantum von Arbeitskraft bedeutend mehr Waren zu liefern als früher, so müßten die Waren notwendigerweise billiger werden, wenn nicht Umstände eintreten, die dem entgegenwirken und eine Preisssteigerung herbeiführen.

In dieser Richtung wirken besonders drei Momente: die neu-deutsche Zoll- und Steuerpolitik, die Räumlichkeitsstellung des Unternehmertums und der kräftevergängende Zwischenhandel.

Das Treiben der agrarisch-ultramontanen Zoll- und Steuerpolitiker ist schamlos bekannt. Diese Leute unternehmen seit Jahren in immer härteren Zwischenräumen einen systematischen Kampf auf die Taschen der unteren Volkschichten, während sie den Geldsack der Oberschichten mit peinlicher Sorgfalt zu schonen wissen. Zugleich schöben sie die Notlage der Landwirtschaft in den Vordergrund und unter dem Deckmantel, die vorliegende Landwirtschaft zu schützen, legten sie der arbeitenden Klasse Millionenlasten auf. Die Zölle sollen nach der Behauptung der Agrarier den Frieden verfolgen, die landwirtschaftlichen Produkte des Nachlandes entweder von unseren Grenzen fernzuhalten oder sie wenigstens so sehr zu verteuern, daß sie den einheimischen keine Konkurrenz mehr machen können. In jedem Falle ist infolge der erhöhten Zölle eine Verarmung der notwendigsten Lebensmittel eingetreten und der Arbeiter ist genötigt, tiefer in den Geldbeutel zu greifen oder, wenn ihm dies nicht möglich ist, den Hungerzettel weiter zu ziehen. Zugunsten des Agrarientums werden der Arbeitersklasse fortwährend neue Lasten aufgebürdet, oder, anders ausgedrückt: die Arbeiter müssen von ihrem durchaus knappen Lohn noch mehr abgeben als bisher, damit die Agrarier unbeschwert leben können.

Die Agrarier hielten hantinge mit offenen Händen. Wahrheit
ihre Vorzüchter früher, bei Beginn der königlichstädtischen Zeit, für

Technische Rundschau.

Geographie. — Eine Universalbeschreibung. — Geographie Schlesien. — Die Bezeichnung des Sachsen. — Einheitsprinzip des Schlesischen. — Sachsenwörter.

Se den Beifällen, in denen die Arbeiter an bestimmt glänzen
sollte ihre Arbeit beweisen, findet der Holzfußboden jetzt Wider-
wegen unzureichende Verarbeitung. Nach und vor dem Schreinereien
der höheren Lagerhäuser Schreinereien Schreinereien nicht
berügt, wie beim Mauer- oder Betonbogen Reparaturen bisher
weniger erforderlich. Die allgemein zur Verwendung gelangenden
Holzarten sind Steine oder Lärche. Zur Stütze werden nach ihr
Stiele gesucht, und doch hat ein Stielfußboden durch seine lange
Haltbarkeit die Nachfrage der Aufzehrung unzählig auf. Die
bisher so wenig geprägte Seite findet, wie zu anderen Zwecken,
jetzt auch als Stielfußboden sehr nach Bedürftung. Tradition
verunsichert, beschreibt sie sich ganz bezüglich und ist weit billiger als
Eiche, und in Aufzehrungskosten aber früher leichter erzielbar als
Eiche, da ihr Zuwachs größer als der der Eiche ist und sie sich auch
in Bezug auf Härte und Schnittheit besser aufzeigt. Ziel zu
wenig Beachtung wird noch dem Holzspalter geschenkt, während
dieses für alle Stämme mit sicher Verarbeitung und Erfüllung
als Spaltfußboden nur ausreichend herden kann. Diese dient nur an
Schreinereien und Holzwarenläden, die an die Haltbarkeit des
Spaltfußboden große Ansprüche stellen, ferner an Lagerhäusern,
Speicher u. s. w. Hier vereinigt das Holzspalter alle Vorteile eines
guten Fußbodens in sich, es ist kostengünstig, leicht, widerstandsfähig,
bei starker Anstrengung und Verkrüppelung sehr stabil in der

Die letzten Wörter wurden im Englisch sogenannte Silverline-Symposien eingetragen, die der Bericht haben sollten und auch haben, doch das von Ihnen eingetragene Szenario jünger den beiden Zeitgenossen Redel durchsetzt. Diese Symposien bewirken aus Wissenslehrern gepeitscht eine Betriebsordnung, die dem Reichstall sei, doch oft grobe Form der Szenarien steht, wenn man die Symposien um unverzüglichem Interakt. Wenn hat eine realistische Szenario oder eine neue Zentrale auf den Markt gebracht, die die den Staat nicht hat. Die betreffende Szenario hat sich selber selbst als Voraussetzung erhobt, doch sie das Zeitgenossen deutlicher

Beleideten haben, daß durch die Schufung die unflüchtigen Gewebe verloren würden, indem sie behaupten, das Russland besaße Gold, geben sie heute diese Verteuerung unumwunden zu; sie erläutern und beweisen, daß die Schufung den Staat hätten, das heimische Kern, Metall u. s. w. zu verlieren, um hierdurch den Verlust der Landwirtschaft aufzutadeln und eindeutig zu gefährlichen Unterschärfen, wie diese Deute nun einmal sind, machen sie auf "gutes Recht", die Arbeiter zu brandschatzen, und anstatt durch Schufung und Verbesserung der Wirtschaftungsmethoden den Antrag ihres Willens zu steigern, schreien sie nach Staatshilfe und predigen den Grundatz, daß alle nichtagrarischen Staatsbürger verpflichtet seien zur Unterstüzung der notselbenden Landwirte ihre Lebensmittel zu teurer zu bezahlen. Es ist diesen Leuten ganz gleichgültig, daß die Schufung der Landwirtschaft nur erreicht werden kann durch eine gewaltige Mehrbelastung der übrigen Bevölkerung; das Agrarertum steht da wie ein gepanzter Ritter des Mittelalters, der ohne die geringste Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl seinen Vorteil in Gewalt verucht. Man glaubt sich in die Zeiten des Haustrecks zurückversetzt, wenn man beobachtet, mit welcher Unverstorenheit dieses moderne Raubrittertum von den übrigen Staatsbürgern seine Leibut fordert.

Wir haben wohl nicht nötig, unsren Lesern den Nachweis zu erbringen, daß wir Arbeiter keine Verpflichtung fühlen, zugunsten der schlecht wirtschaftenden Agrarier neue Lasten auf unsere Schultern zu laden und daß das Gefasel von der Solidarität der Interessen eines Volkes im Munde des Agrarertums wie ein Hohngelächter klingt. Leute, die keinem anderen Menschen etwas gönnen und die tatsächlich glauben, sie seien allein in der Welt, wagen es, vor Solidaritätsgefühl zu sprechen — das ist der Gipfelpunkt der Frechheit. Die unverschämte Agrarierlüpe, die niemals den Machen vollkriegen kann, schreit am meisten über die Wegehrlichkeit der Arbeiter, wenn diese eine winzige Erhöhung ihrer Lebenshaltung fordern. Und da sollten die Arbeiter so zum Sichern von den Agrariern als Paddel benutzt zu lassen? Niemandsicht! Flammenden Protest müssen sie gegen diese vollseindliche Ausbeutung erheben, alle Kraft müssen sie zusammennehmen, um die modernen Raubritter auf ihre langen Finger zu klopfen. Je weniger leicht es den Gewerkschaften wird, einen neuen Wertes Erhöhung des Arbeitslohnes durchzusetzen, desto energetischer müssen sie "Arbeiterpolitik" treiben, das heißt also in diesem Falle, die politischen Faktoren unterstützen, die dem Versuch, durch Erhöhung der Lebensmittelzölle den Arbeitslohn herabzudrücken, energisch Widerstand leisten. Was von der Volkspolitik gilt, gilt auch von der Steuerpolitik, und dieser jüngste Raubzug ist noch zu sehr in unser aller Erinnerung, als daß wir nötig hätten, auch nur einziges Wort darüber zu verlieren.

er ringt, sondern sich im Dezember 1888 die Befürworter Mithilfe von
neuen waren, die wirtschaftlich zu betrachten, nachdem das Capitalistische
gerade die öffentliche politische Wirtschaft mehr oder weniger unter-
ordneten hatte. Es war ein Weber, namens Robert Müller, der,
vielleicht angeregt durch die geschilderten Tätigkeiten seiner englischen
Kollegen im Jahre 1843 (vgl. Hochdale, wo 37 Weber die „Weber-
niers“ bildeten), als erster die Fahne von neuem aufzumachen half,
die heute genossenschaftlich über Groß-Leipzig weht, wo nunmehr
noch vielen „Gingerniedungen“ genossenschaftlicher Art nur noch ein
einziger, der Leipzig-Plagwitzer, die Wirtschaftsinteressen der kon-
sumierenden Bevölkerung dokumentiert. Mit 121 Mitgliedern fing
das an, nach zehn Jahren waren es 5495, nach wiederum zehn
Jahren 88 654 und heute, ein halbes Dezennium später, 40 685 Mit-
glieder. Man nennt dies „sprunghafte“ Entwicklung. Der Waren-
umsatz betrug in den gleichen Perioden 21 198, 1 650 000,
12 085 845 und 18 808 050 M.; der Reinertrag 1481, 181 081,
1 288 080 und 1 818 898 M.; der Warenbestand 4429, 177 688,
1 489 091 und 1 900 999 M.; das Inventar 1281, 25 126, 184 946
und 206 068 M.; die Geschäftsantelle (Betriebskapital) der Mit-
glieder 1810, 155 974, 1 084 142 und 1 815 990 M.; der Reserves-
fonds 98, 16 104, 456 095 und 712 154 M. Das wirtschaftliche
Element des Vereins bekommt hier reichlichen Ausdruck und beson-
ders die Finanzwerte bildende Konsumkraft der Massen. Man denke:
die Geschäftsantelle als finanzielle Basis des Ganzen erzielen im
Reinertrag schon im ersten Jahr ihren gleichen Wert wieder; der
Reinertrag übersiegt aber später in jedem Jahr die Summe des
Betriebskapitals. Die Konsumkraft verfügt also über
Betriebskapital um über 100 Prozent. Besser kann die
ökonomische Bedeutung der genossenschaftlich organisierten Konsum-
kraft nicht figuriert werden. Und wenn man nun denkt, daß bei
einem aus 25 Jahre berechneten durchschnittlichen Betriebskapital von
rund 500 000 M. ein Gesamtüberschuß von 15 484 498 M. erzielt
wurde, dann hat man einen Begriff von der finanziellen und wirt-
schaftlichen Leistungsfähigkeit nicht nur des Leipzig-Plagwitzer
Konsumvereins, sondern der organisierten Konsumkraft überhaupt.
Und was hat diese geleistet, um den genannten wirtschaftlichen Rück-
effekt zu erzielen? Nicht nur „umgesetzt“, nicht nur direkt zu-
tief in 76 Verkaufsstellen und 2 Warenhäusern, sondern auch pro-
duktiv gewirkt, indem sie die eigenen Betriebe der Bäckerei,
Käscherei, Schlosserei, Klempnerei, Käferlei, Großmühle, Fleischerei,
der Weißbier-, Selterswasser- und Limonadenfabrikation, Kaffee-
rösterrei, Eisfabrikation usw. schuf. Darin vor allem drückt sich die
vollständig wirtschaftliche Bedeutung eines genossenschaftlichen Gemein-
wohens aus, daß es auf der Grundlage der Konsumkraft, die beim
einzelnen nur Verzehr oder Verbrauch ist, in
der Organisation zur Finanz- und Produktiv-
kraft für die eigene Wirtschaft wird.

Nicht gering braucht auch die soziale Wirkung der organisierten Konsumkraft veranschlagt zu werden. Der Verein beschäftigt heute 1150 Personen — vor zehn Jahren waren es erst 436 —, die 904 194 M. Jahreslöhne beziehen: aus genossenschaftlicher Arbeit, bei vorbehaltloser Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeitskrafts, die in sehr gutes Städ über alle anderen bestehenden Käufe gelernter und ungelehrter Arbeiter hinausgehen, wie hier schon öfters beigelegt worden ist. Und wäre es für die Arbeiterklasse auch nur ein Beispiel, was auf diesem Gebiet die organisierte Konsumkraft zu ersten imstande ist, die Anerkennung der sozialen Arbeit des Genossenschaftswesens könnte nicht groß genug sein. Denn es liegt ja nur in der Hand der Millionen von Arbeiterfamilien und der übrigen minderbemittelten Bevölkerung, das Genossenschaftswesen der Konsumanten in der Mittelbevölkerung zu verzeichnen und in der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf das Zwanzig- und Dreißigfache zu steuern, aus welcher Stellung ohne alles weitere die soziale und insbesondere die kulturelle Bedeutung von selbst resultieren würde; die soziale Bedeutung der Konsumkräfte, die in ihrer Linie und fast ausschließlich der Arbeiterklasse zugute käme, während die kulturelle Bedeutung zwar der Gesamtheit der Bevölkerung, aber natürlich innerhalb derselben immer wieder auch der Arbeiterklasse als dem größten Teil der Bevölkerung von größtem Nutzen wäre.

Im ganzen ist zu sagen, daß der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein ein schönes und lehrhaftes Beispiel für die ökonomische, soziale und kulturelle Bedeutung des Genossenschaftsweises auf dem Gebiet der organisierten Konsumkräfte bietet. Möchte es allerwärts richtig sein, das heißt altchristlichem, allgemein fortgeschrittenem Sinne herstanden werden.

Es ist das unbestreitbare Recht der Arbeiter, vermittelst der sozialen Selbsthilfe ihre Lage zu verbessern. Durch die Errichtung von Konsumvereinen fördert sie eine fortschrittliche, zweckmäßige Art der Warenvermittlung, die beträchtliche materielle Vorteile bietet, in erheblichem Maße erzieherisch auf die Arbeiterschaft einwirkt und im Interesse der wirtschaftlich schwächsten Käufer ein

Cartelle der Unternehmer bildet.

Bedeutung für Eisenbahnwagen einzuführe, daß in England fast allgemein der Aufzehrung gewonnen ist. Diese Sirene führt nun eine Steuerung auf dem Gebiet der Bedeutung von Wagen aller Art ein, die darin bestehen, daß eine kleine Dynamomaschine an die Wagen angeschaltet wird. Die kleine Maschine soll sich an jedem Wagen unterschieden lassen, soll ein leichtes Gewicht haben und den Wagen befähigen, daß sie niemals verstopft, sondern im Gegenteil zu den Altmotorwagen stets genügend Strom für die an den Wagen angebrachten elektrischen Apparate erzeugt. Zum erstenmal wurde das neue System an Motorwagenen gezeigt und einer Reihe von Professoren und Expertenleuten vorgeführt; im Prinzip ist es dasselbe System, wie das für die Bedeutung der Eisenbahnwagen im Gange befindliche, nur sind die Apparate viel kleiner. Die kleine Dynamomaschine ist so konstruiert, daß die Spannung des Stromes für das Licht dieselbe bleibt, ganz gleich, mit welcher Geschwindigkeit die Dynamoe betrieben wird. Die Maschine hat also eine selbsttätige Regulierung, die jedem ohne Kraftverlust funktionieren soll; es ist also ganz gleich, ob der Wagen schnell oder langsam fährt oder still steht, das Licht bleibt stets in derselben Stärke und es soll sich sogar nicht das geringste Grauen bewirken machen. Ferner wird der Strom lange bestehen, die Akkumulation oder andere Akkumulatoren zu laden. Da die Maschine mit selbsttätiger Strom- und Laststeuerung versehen ist, so eine Belastung ist überflüssig.

In einem Artikel über „Arbeiten und Arbeitszeit“ von H. Dönnigkoff ist weiter anderer auch über einen Vertrag berichtet worden, den ein großes Berliner Kaufhaus vor einiger Zeit aufstellte, um zu erläutern was zulässig festzustellen, tatsächlich die „englische“ Arbeitszeit der „Deutschen“ wirklich überlegen ist. Das Mittel, das sich dazu setzt, kost verhältnismäßig einfach. Die Arbeiter die hier in Frage kommen, waren ausnahmslos an Betriebsverbindungen mit elektrischen Antrieb beschäftigt. Dann kommt daher aus dem eigenen Stromverbrauch ziemlich früher auf die tatsächliche Arbeit schließen. Denn eine Beleuchtungsmaschine, die überhaupt läuft, braucht ja gar keinen Strom. Eine Werkzeugmaschine, die wenigstens angelaufen ist, braucht einen Strom, und eine Werkzeugmaschine, auf der wirklich gearbeitet wird, auf der ein Werkstück eingespannt ist und bei Schlag oder Hobelschlag von diesem Werkstück freiliegende Enden bearbeitet werden, braucht jetzt viel mehr Strom. Man legt nun in jener Fobrik die Versuche in der Weise, daß man zwei Abteilungen betrücksichtigt, die bisher ungefähr gleichen Strom-

brauch gehabt hatten. Jede Abteilung bekam eine besondere Stromzuleitung, in die ein registrierendes Ampermeter eingesetzt wurde. Dann gab man der einen Abteilung eine englische Arbeitszeit mit einer halbstündigen Mittagspause, der anderen ließ man die alte deutsche Arbeitszeit. Da war es nun hochinteressant, die Stromkurven der beiden Abteilungen zu vergleichen. Am Vortag verlief die Sache natürlich etwas gleichartig. Aber dann in der Nachmittag. Da zeigte sich ein gewaltiger Unterschied: Die Abteilung mit der englischen Etagezeit hatte nach zehn Minuten bereits wieder die volle Höhe des vormittäglichen Verbrauchs erreicht und behielt ihn bis zur Beisepause bei, um dann auch in der deutschen Beisep und Schluss noch einen erheblichen Verbrauch zu zeigen. In der Abteilung mit der deutschen Etagezeit machte sich gegen die Nachwirkung der langen Mittagspause sehr stark felt. Wie eine Maschine, so scheint auch der menschliche Organismus sehr langsam wieder anzufahren, wenn er einmal ordentlich erschöpft hat. So setzte der Stromverbrauch hier am Nachmittag sehr langsam wieder ein und hatte auch zur Beisepause noch nicht das Maximum des Vormittags erreicht. Nach der Beisepause ging er wohl etwas schneller als nach der Mittagspause an, aber hier war die Leistung erheblich schwächer als für die gleichen halbstunden bei englischer Arbeitszeit. Infolgedessen hat die etwa natürlicherweise sofort die englische Arbeitszeit eingeführt. Es speziell für den Berliner Arbeiter von Vorteil ist, da er hier nicht mehr gezwungen ist, in der Nähe der Fabrik zu wohnen, sondern sich in einem Vorort eine billigere Wohnung mit gesünderer Luft zu suchen.

Zum Rüthen und Polieren der aus Stahl gefertigten seines
zweckbeständteile findet ein verhältnismäßig großer Verbrauch
an saurem Holz statt, und als die Uhrmacheret noch ausschließlich
in Industrie war und jeder Uhrmacher die Uhr vollständig her-
stellte, spielte saures Holz die Rolle eines unentbehrlichen Roh-
stoffes. Heute haben die Fabriken mit ihren mechanischen und
elektrischen Hilfsmitteln den Verbrauch von Sauruholz bedeutend
abgebrückt. Maschinenarbeit und Benzin erzeugen das gebüldige
Arbeiten der altrnodischen Arbeiter. Nur in der ganz seltenen Uhr-
macheret werden die beständesten Bestandteile noch nach alter Weise
in Hand mit saurem Holz fertig poliert; dies gilt besonders von
Requistierungssapparaten, den sogenannten Einstellungen, von
Säfer und Zylinder, und deren sehr geprägten Rapsen. Auch die

heute. Dann berührte Mutter **M a n n e s** eines Metallarbeiter-Mutter, die auf jedem Waffenmärtedienst mit dem Christlichen eintraten, was diese nicht mit ihrer Organisation begleiteten. In der Hand der Statistik wird Männer noch nach, das im ganzen 800 Gold- und Silberarbeiter Christlich organisiert seien, wobei der Abgang im letzten Jahr noch nicht berücksichtigt sei. Nach weiteren Aussführungen von Gerhard redete Oberer ein ungeliebtes Schlußwort. Er verächtigte dann den Kollegen Oberer, daß er in Hesingenheim a. M. einer Diskussion mit den Christlichen aus dem Wege gegangen sei. Diese Beurteilung und eine gesetzte Frage vom Gerhard veranlaßte Oberer, nochmals um das Wort zu einer persönlichen Erwiderung zu tragen. Das wurde ihm jedoch nicht gewahrt und die Versammlung von dem Vorsitzenden Vogt geschlossen. Oberer betrat darauf das Rednerpult, um mit den Anwesenden nochmals das zu erläutern, was seine Angestalter ihm zu tun verordneten. Da Kürze der christlichen Arbeiter **M a n n e r** auf ihn zu und versuchte, daß er sich nicht mehr auf sie stützen könne. Dies wäre ihm höchstens auch gelungen, wenn ihm Oberer nicht eine fassige Oberlage voruntergehauen hätte. Die Folge war ein allgemeiner Lärm, so daß der Hausmeister des katholischen Vereinshauses zum Verlassen des Saales aufforderte. Mit dieser Versammlung ist Emsland um eine weitere interessante Episode reicher geworden.

Siegmar. Wie achtet die Firma **H e c k e r & C o.** (Schleswig-Holstein, Flensburg, Flöha & Co.), Edelsteinschleiferei, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter? Diese Edelsteinschleiferei beschäftigt außer den Meistern nur weibliche Arbeitskräfte, meist junge Mädchen im Alter von 14 bis 20 Jahren. Zuerst hatte man nur einen kleinen Raum inne, vor mehr als Jahresfrist jedoch über einen schönen, mit dem Komfort der Neuzeit ausgestatteten Fabrikgebäude aus der Erde. Im Frühjahr dieses Jahres wurden auf Veranlassung des Betriebsleiters die dort beschäftigten Mädchen zu einer Besprechung eingeladen. Die Hälfte von ihnen, circa 20, erschienen auch. Auch der Chef hatte es sich nicht nehmen lassen, seine Vertretung zu schicken. Der Vertreter war zugleich beauftragt, dem Kollegen **N i e d e r l i c h** mitzutun, die Firma vollziehe, wenn er (Niederlich) Interesse an dem Betrieb habe, möge er ihn in Augenschein nehmen; **N.** verstand, bei Gelegenheit von dem Unterbreiten Gebrauch zu machen. Danach hatte sich **N.** von den Kollegen in Hanau Material verschafft und stellte noch persönlich in Hanau in den Edelsteinschleiferen informiert. Am 28. Juni wurde der hiesige Betrieb besichtigt. Außer Niederlich war noch ein Kollege von der hiesigen Ortsverwaltung mitgegangen, doch diesem wurde der Zutritt aus Gründen des "Geschäftsgesheimnisses" nicht gestattet. **N.** hatte nun das Vergnügen, in dem Betrieb allein herumgeführt zu werden; er kam aber nur bis zum ersten Fenster des Saales, wo die Mädchen beschäftigt waren, und da war die "Besichtigung" zu Ende. Niederlich wäre nun wahrscheinlich so flug wieder hinausgegangen, wie er hineinkam, wenn er nicht in Hanau die Betriebsform kennen gelernt hätte. Er erlaubte sich, deshalb, in der 1½ stündigen Unterredung, die geplaudert wurde, einen gesuchten Stein in Augenschein zu nehmen. Das war dem Herrn nicht recht. In der Unterredung kam man auf verschiedenes zu sprechen. Zunächst vermutete der Chef in dem Kollegen Niederlich einen Spitzel aus Holland. Auf Ehrenwort versicherte ihm aber **N.**, daß er mit der holländischen Organisation in keinerlei direktem Verkehr gestanden habe. Daraufhin erzählte ihm der Chef, er habe früher einen derartigen Betrieb in Berlin gehabt, doch dort sei er zu sehr beobachtet worden, deshalb sei er nach Schlesien gekommen, hier sei er unbewacht. Doch auch hier waren schon Holländer gewesen und hätten ihm 20 000 oder 40 000 M geboten, wenn er den Betrieb ausgegeben. Er sei hier nur als Leiter angestellt, ihm gehöre die Fabrik nicht, er sei nur Mithaber, aber geglaubt könne es werden: vorläufig sei aus dem Betrieb noch nichts geholt worden, nur hineingesetzt würde; ja, wenn noch einmal soviel Leute beschäftigt werden könnten, dann könnte es ja gehen, aber die Mädchen hielten nicht ans. — Nun die Arbeitszeit und die Verdienste der Mädchen. Jede Schleiferin hat ihre Fasserin, die Steine kommen zum Schleifen fertig an, einen selber gibt es nicht, an den Stein werden 24 Facetten geschliffen, die Schleiferin erhält 27 S pro Stück (jetzt sollen sie 28 S erhalten). Mittlere Schleiferinnen bringen 35 bis 40 Steine, bessere bis 60 Stück die Woche fertig. **N.** gegenüber wurde behauptet, wer leidig sei, koste es bis auf 100 S bringen; die Mädchen aber sagen, das brächten die Meister gar nicht fertig. Dann kam der Herr daran zu fordern, daß er doch Ausländer wäre, er dürfe sich da nicht beteiligen; früher wäre er auch organisiert gewesen und er hätte auch nichts einzutun, wenn sich die Mädchen der Organisation anschließen. Nachdem **N.** erwidert hatte, daß er mit der Organisation keinen Schaden haben würde, war die Unterredung zu Ende. Wie hat nun dieser Herr **H e c k e r** sein Versprechen gegenüber unseren Arbeitnehmern gehalten? 10 Mädchen gehörten unserem Betrieb an; da möchte er von seinem Nachmittags-Schulamt, einer Arbeitsamt nach der anderen Rieß er in den Betrieb kommen und lege ihr entgegen, sie sollte aus dem Verbund gehen. Anderen gab er zügiges Material; ein Mädchen, die bisher 11 M verdient hatte, umgab mit 8 M nach Hause gehen, bei einer anderen ließ er den Betrieb kommen, der selbst organisiert ist. Diesem lagte er, die Mädchen würden im Verbund sein, das Agitieren sollten sie aber unterlassen. Nur diese und andere Weise hat dieser Herr es fertig gebracht, die Mädchen aus der Organisation herauszuziehen. Unter der ungünstigen Verhältnissen wird es ja nicht möglich sein, dem Herrn gegenüber zu machen, daß das Positionstreit nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch realisiert werden muß. Daß dies geschieht, beweisen die Siegmarer organisierten Arbeiter zu gegebener Zeit dringend.

Borbecke. Es wurde von uns schon einmal konstatiert, daß die Borbeckeimer Bijouterie-Zeitung bei Bezeichnung der Arbeitnehmerklasse ihre Hauptaufgabe in der Verzerrung der Arbeitnehmerklasse der Schmuckindustrie und ihrer Führer erachtet. Die Borbeckeimer Freie Presse hat im vorherigen Jahre während des Gewerbestreiks wiederholt das arbeitnehmerfreundliche Gedanke dieses Blattes ins Licht gebracht. Denkt man doch auch einige Gedanken — bis jetzt. Nun aber hat es der Redaktion der Bijouterie-Zeitung die Bewegung der Arbeitnehmer in Borbecke und die Verbesserung der Arbeitnehmer bei der hiesigen Firma **G a r t M o n d** angelebt. So über **Fr. 20** jährt sie dieses Ziel, indem sie weiter die Beliebung der borbeckeimer Arbeiter erachtet. Siehe ebenfalls in unserer Zeitung enthaltene Beurteilung ist dabei eine ja durchaus gerechte Erwähnung, daß trotz der Arbeitgeber zärtliche bestreitende Beliebung der Differenzen alle Teile und nicht zuletzt auch die Arbeitnehmer selbst alle Beliebung haben, sie mit ihren Rechten und Ansprüchen auch über die Zeit der Beliebung weiter zu bestreiten. Dies war ja auch, als Borbeckeimer Arbeiter in anderen Betrieben unserer Industrie notwendig in Borbecke, dann zu kommen, daß nach wie vor noch eine gewisse Angestalt ausgedehnt und nach einem Grund gejagt wird, nicht die Beschäftigung unseres Gewerbes zu haben, sondern die Sonderqualität der Arbeitnehmerorganisation zu ihrer Verstärkung zu benutzen. Genaue der gegenwärtig auch in Borbecke eingetretene Zoll einer Arbeitnehmerklasse gilt zu ersten Stufen der Beurteilung. Eine ältere Beurteilung hat in zweiter Anordnung der Firma der Schmuckindustrie zwischenzeitlich aufgewiesen, daß sie ihre Erzeugnisse einen höheren Preispreis als diejenige, ein höheren Preis aufweist. Unter reinlicher Beurteilung ihrer Schmuckindustrie hat sie das gehabt, erzielten, ihre Sätze der Preise und den Kosten der Produktion angepaßt, und hat dies ihrer Arbeitern bewußt, von diesen aber eine leichte Abhebung erwartet. Das letztere Gedanken der Arbeitnehmer an der Meinung kommt, daß die Organisation der Arbeiter nur dann zu werden, wenn sie gegen die Arbeitnehmer zu kämpfen, willens ist, freilich nicht, aber noch den bestreitenden Schülern des Blattes in Borbecke ist es nicht mehr verboten, nicht zu kämpfen. Wenn der Arbeitnehmer aber den Zoll nicht erzielen sollte, daß die Organisation der Arbeiter nicht befriedigt sei, die Arbeitnehmer des Gewerbes zu haben, so würde dies recht schwer fallen. Die Arbeitnehmerorganisation hat in einer Zeit die Meinung, die Arbeitnehmer ihrer Brüder zu haben, die keinen dieser Maßnahmen bringt sie aus Leidenschaft, die Zeit-

grenzen des Gewerbes im Auge zu behalten. Was schlägt denn unser Vierarbeit? Die **G e m u n d e n** Konkurrenz! Und was betrifft diese am wissenswertesten? Die Arbeitnehmerorganisation durch die Vierarbeit, den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Drei aber, vor einer guten Organisation der Arbeitnehmer vorhanden ist, verschwinden auch die niedrigen Löhne und mit diesen auch die Gewinnkonkurrenz, bis doch nur dadurch bestehen kann, daß sie den Arbeitern Gewinnbrüche zahlt. Im übrigen, Herr Redakteur, verweise wir Sie auf Seite 88 die ergänzende Arbeit der Gewerkschaften amerikanisch vorübergehender Natur sein, daß die Organisationsbestrebungen der Arbeitnehmer immer mehr auf das Ausland übergegangen und auf diese Weise einen Ausgleich hergestellt, der unserer deutschen Bijouterie-Industrie zugute kommt." Was die Bijouterie-Zeitung weiter über die Vorgänge in einer älteren Mettenfabrik schreibt, beweist nur, daß der Herr Arbeitsschreiber die Tatsachen vollständig entstellt wiederholt, auf seinen Fall aber sich informiert hat, um den Lesern der Bijouterie-Zeitung die Wahrheit vorzutragen zu können. Die "ältere Mettenfabrik" ist die Firma **K a r M o n d** hier. Diese Fabrik ist auch in bezug auf ihre technischen Einrichtungen eine alte Mettenmacherin. Nun mutete diese Fabrik allerdings ihren Mettenmachern zu, daß sie mit den Preisen der Konkurrenz für sie nehmten sollten, obwohl sie die technischen Einrichtungen der Konkurrenz nicht besaß. Die Arbeiter erklärten sich von vornherein bereit, für die Preise der Konkurrenzfirmen zu arbeiten, wenn die Firma auch bereit sei, deren verbesserte Einrichtungen, wie sie im Mettenfabrik bestehen, einzuführen. Dies ist vielleicht die Firma, den Arbeitern blieb also nichts übrig, als von ihrem Recht der Kündigung Gebrauch zu machen. Bei den teuren Seiten konnten sie sich eine Lohnreduktion von 7,4 bis 42,5 Prozent nicht verschaffen lassen. Wäre es Ihnen, verehrter Herr Arbeitsschreiber, am günstigsten, wenn Sie 42,5 Prozent von Ihrem Gehalt, das jedenfalls weit höher ist als ein Arbeitereinkommen, abgezogen erhielten? Würden Sie es opferfreudig sein, die "erhöhten Lasten" des Unternehmers in dieser teuren Zeit allein zu tragen? Den Mettenmachern wurde dieses aber von der Firma Monden zugemutet. Haben Sie sich nicht erundigt, daß selbst die Herren Sachverständigen auf der Handelskammer diese Handlungswelt der Firma nicht billigten? Warum kann jetzt die Firma den Wünschen der Arbeiter entsprechen und die technischen Neuerungen einführen? Müßte da erst, um mit Ihnen zu reden, eine "Beurteilung" der Industrie eintreten? Dabei waren es nicht die, deren Beruf nach Ihrer Meinung es ist, sich zwischen die Unternehmer und Arbeiter zu drängen, die eine "Beurteilung" der Industrie" hervortrieben, sondern die Firma Monden selbst. Wenn der Arbeitsschreiber in dieser Weise fortfahren sollte, gegen die Arbeiterorganisation und ihre Führer zu hecken, so kann er allenfalls dazu beitragen, daß die Verständigungen zwischen Unternehmer und Arbeiter schwerer werden. Was wollen Sie mit den Worten: "... wenn nicht die früher gemachten Fehler bei Lohnvereinbarungen wieder gutgemacht werden, wenn die Löhne nicht den veränderten Verhältnissen auf dem allgemeinen Markt in unserem Gewerbe angepaßt werden", sagen? Zwecklos beabsichtigen Sie damit "Stimmung" in den Kreisen der Fabrikanten zu machen und zur "Beurteilung" der Industrie beizutragen. Wohlan, fahren Sie so weiter fort, Sie werden die Arbeiterorganisation gerüstet finden. Unsere Mitglieder können aber aus diesen Ausführungen der Bijouterie-Zeitung ersehen, daß fortgesetzt versucht wird, bei den Unternehmern dahin zu wirken, daß das Erreichte von 1906 möglichst wieder bestätigt werden soll. Deshalb muß es die Aufgabe jedes Arbeiters der Edelmetallindustrie sein, für die Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu arbeiten.

Klemptner.

Hamburg. **C o r r e s p o n d e n z** der hiesigen Klemptner (n e u n d i h r A s c h l u s s). Am Ende des vorigen Jahres, in der schwierigsten Zeit für unseren Beruf, glaubte die Klemptner-Zunft die Zeit für gekommen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ihren Gunsten revidieren zu müssen. Sie wählte hierzu eine recht einschärfende Mittel: Sie teilte dem Gesellenausschuß mit, daß von da an bis zu ihrer revidierten Bestimmungen in Kraft getreten sind. Sie protestierten dogegen energisch und verlangten, eine mündliche Aussprache hierüber stattfinden zu lassen. Dem wurde zugestimmt und es sah eine Aussprache mit den drei Jurymen am 7. Januar statt. Die Unternehmer wollten absolut an den von ihnen aufgestellten Bestimmungen festhalten; wir vertraten selbstverständlich den gegenseitigen Standpunkt. Die Aktion endete damit, daß man von uns bestimmte Vorschläge zur Regelung der Differenzen schriftlich entgegennehmen wollte. Dieses geschah durch ein Schreiben unseres Bevollmächtigten **L. F r a n z** vom 13. Januar folgenden Inhalts: Bei der Verhandlung am 7. ds. Ms. verständigten wir uns darüber, daß Ihnen die von uns gemachten Vorschläge zustellen sollte. Ich erlaube mir hiermit, Ihnen die Vorschläge zu unterbreiten: 1. Zu Witter ist die Arbeitszeit am Tag dieselbe wie für die Kämmerer, Zimmerer und Baumarbeiter. Für Werkstatt und Kundschaftsarbeit wird die Arbeitszeit im Winter ebenfalls verlängert, jedoch nicht unter 8 Stunden. 2. Bei Eintritt in die Arbeit sind die Gehälter auf Ihren Wunsch bei der zuständigen Ortskammern anzumelden und entrichtet der Arbeitgeber die gelegentlich auf ihn entfallenden Beiträge. 3. Der Mindestlohn beträgt 70 S pro Stunde. Ab 1. Juli 1909 beträgt derselbe 75 S und ab 1. Juli 1910 80 S pro Stunde. Eine wohlwollende Ablösung baldigst entgegenstehend, zeige ich x. Sehr lange ließ man uns auf eine Antwort warten, am 15. März endlich teilten uns die Jurymen mit, daß sie nicht zu der Lage seien, auf die in unserem Schreiben vom 13. Januar gewünschte Vorschläge einzugehen. Kurz und weshalb nicht, das hätte man verständigen. Damit war die Angelegenheit verhältnisig erledigt. Nun arbeitete wieder wie früher und wartete die Zeit ab, bis man zu einem Schluß ankommen konnte. Es kam aber anders. Durch die Lohnanwendung der Kämmerer, Zimmerer und Baumarbeiter erzielte für diese Kategorie am 5. Juni die Aussprache. Alle anderen Handwerke glaubten ihrem großen Bruder zu nahe und sparten ebenfalls am 9. Juni am Tag aus. Nur selbst jetzt ist die noch nicht Entlosten aus den Betrieben heraus. Von bestreiteten Vorschlägen einigten. Kurz und weshalb nicht, das hätte man verständigen. Diese wurde sofort alle Gruppen in Tarifverhandlungen treten lassen. Diese fanden für die Klemptner am 5. und 9. Oktober statt; es kam folgender Tarifvertrag zustande: 5. 1. **C e l t a n g s b e r e i c h** des **B e r t a g e s**. Der Bertrag gilt für alle Arbeitgeber an folgenden Daten: Heraufsetzung mit Einschluß des Gesetzgebungs- bis einschließlich 2. Januar, einschließlich der Wahlperiode, Monat mit den eingemeldeten Wahlen bis einschließlich November, Monat mit Wahlen abgeschlossen. Eine Abänderung des C e l t a n g s b e r e i c h s dieses Bertrages kann nur unter beiderseitiger Einvernehmen stattfinden — 5. 2. **A r b e i t s z e i t**. Die normale Arbeitszeit beträgt 9 Stunden und wird in Berücksichtigung der Witterungs- und Längsverhältnisse am Witter wie folgt geregelt:

Jahreszeit	Anfang	Zwischenzeit	Witter	Spätzeit	Arbeitsstunden
1. Sommer bis 15. Januar	8 1/2	—	12-1	—	4 6 1/2
16. -	31. -	8 1/2	—	12-1	4 1/2 7
1. Frühjahr	16. Frühj.	8	9-9 1/2	12-1	5 7 1/2
16. -	letzter Frühj.	7 1/2	9-9 1/2	12-1	5 8
1. März	30. Sept.	7	9 1/2-9	12-1	4 6 9
1. Oktober	31. Oktober	7 1/2	9-9 1/2	12-1	5 8
1. November	16. Novbr.	8	9-9 1/2	12-1	4 1/2 7
16. -	31. Dezbr.	8 1/2	—	12-1	4 6 1/2

In der Zeit vom 1. März bis 30. September ist an den Sonnabenden nachmittags eine Stunde, an den Sonnabenden vor Oster- und Pfingsten zwei Stunden früher Vierarbeit, und zwar eine Stärkung des Beitrages für die an der neuinstifteten Arbeitsszeit lebende nichtgearbeitete Zeit; dagegen soll die Vierarbeit fort. Bei verkürzter Arbeitsszeit solle nur die tatsächlich gearbeitete Zeit bezahlt. In den Werkstätten, in denen im Winterhalbjahr bis 6 Uhr abends gearbeitet wird, ist am Sonnabend eine halbe Stunde, am Tage der Weihnachten und Neujahr 2 Stunden früher Vierarbeit, und zwar ohne Abzug des Beitrages für die an der tatsächlichen Arbeitsszeit lebende nichtgearbeitete Zeit. Für Stahlarbeiterarbeit ist der Beginn der Arbeitszeit mit den Anfangsstunden der Oster- und Pfingsten gleich und endet 6 Uhr abends. — § 3. **U n d e n** Überstunden sowie Nacharbeit, Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten und dürfen im wesentlichen nur gefordert werden, wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen, Verlehrabfahrten eintreten, wenn Schäden durch Naturereignisse zu verhindern oder zu be seitigen sind; ferner bei dringenden Reparaturen und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten. Überstunden dürfen nur auf Anordnung des Arbeitgebers geleistet werden. 1. Als Überstunden gelten das ganze Jahr hindurch die Stunden von 5 bis 7 Uhr morgens und von 8 bis 9 Uhr abends. 2. Nacharbeit dauert von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. 3. Be andauernden Arbeiten mit Zug- und Nachschichten sollen die am Tage beschäftigten Gesellen und Arbeiter in der Regel nicht zu der Nacharbeit herangezogen werden, sondern es soll eine Ablösung stattfinden (Schichtwechsel). 4. Sollte an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden, so wird während der Kirchenzeit geschildert, dann in einer Tour bis 8 Uhr nachmittags gearbeitet. — § 4. **U r t i t t s l a h n**. Der Stundenlohn beträgt für einen Klempner- und Mechanikergesellen 70 S , für einen Dachdeckergesellen 80 S mit der Maßgabe, daß die Gesellen und Arbeiter an einer angemessenen Gegenleistung und zur Ausführung der bisher üblichen Arbeiten verpflichtet sind. An Zusätzlichen sowie Nachtarbeiten und für gesetzliche Feiertage sind die am Tage beschäftigten Gesellen und Arbeiter in der Regel nicht zu der Nacharbeit herangezogen werden, sondern es soll eine Ablösung stattfinden (Schichtwechsel). 5. Sollte an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden, so wird während der Kirchenzeit geschildert, dann in einer Tour bis 8 Uhr nachmittags gearbeitet. — § 5. **U r t i t t s l a h n**. Der Stundenlohn beträgt für einen Klempner- und Mechanikergesellen 70 S , für einen Dachdecker 80 S mit der Maßgabe, daß die Gesellen und Arbeiter an einer angemessenen Gegenleistung und zur Ausführung der bisher üblichen Arbeiten verpflichtet sind. An Zusätzlichen sowie Nachtarbeiten und für gesetzliche Feiertage sind die am Tage beschäftigten Gesellen und Arbeiter in der Regel nicht zu der Nacharbeit herangezogen werden, sondern es soll eine Ablösung stattfinden (Schichtwechsel). 6. **L o h n z a h l u n g**. Die Lohnzahlungsperiode umfaßt eine Woche. Der Lohn wird nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Der Geselle und Arbeiter kann für solche Seiten keinen Lohn fordern, in denen er durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert ist, auch wenn die Versäumnis entschuldbar und nicht von erheblicher Dauer ist. (S 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.) Für diejenige Zeit, in welcher die Arbeit ruhen muss infolge Materialmangels, Witterungsverhältnisse, polizeilicher Anordnung, Stillung des Baues durch den Bauherrn, Betriebsförderung der Materialförderungsanlagen oder partieller Streiks der auf den Arbeitssätzen beschäftigten Mitarbeiter, kann der Geselle oder Arbeiter ebenfalls seinen Lohn beanspruchen. In Orten, wo Kündigungsschriften verhindert sind, kann bei Materialmangel das Arbeitsverhältnis von den Arbeitern ohne Einhaltung der Kündigungsfristen gelöst werden, sofern der Arbeitgeber sich nicht rechtzeitig zur Zahlung des Lohnes bereit erklärt hat. Die Lohnzahlung beginnt plötzlich nach Schluss der Arbeitszeit, Witterzeit nach Ablauf einer halben Stunde wird die Arbeitsstunden nicht verlassen werden. — § 6a. **U n f a l l v e r h i l f u n g**. Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. — § 6b. Bei Eintritt in die Arbeit werden ebenfalls 10 S pro Stunde pro Stunde bezahlt. Wenn bei auswärtigen Arbeiten abends die Rückfahrt nicht erfolgen kann und seitens des Auftraggebers freie Station nicht gewährt wird, wird außer dem Lohn ein Bezugsgeld von 3 S pro Tag inklusive Sonn- und Feiertage sowie freie Hin- und Rückfahrt gewährt. Wenn bei entfernten Arbeiten abends die Rückfahrt erfolgt, wird die Fahrtzeit, welche vor Beginn und nach Schluss der Arbeitszeit zusammengerechnet eine Stunde übersteigt, als Überstunde bezahlt. Das Fahrgehalt wird vergütet. Für Gesellen und Arbeiter, die in einer angemessenen Arbeitszeit geleistet wird, wird von der Schlichtungskommission vor Abschluß des Vertrages festgestellt. — § 6c. **L o h n z a h l u n g**. Die Lohnzahlungsperiode umfaßt eine Woche. Der Lohn wird nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Der Geselle und Arbeiter kann für solche Seiten keinen Lohn fordern, in denen er durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert ist, auch wenn die Versäumnis entschuldbar und nicht von erheblicher Dauer ist. (S 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.) Für diejenige Zeit, in welcher die Arbeit ruhen muss infolge Materialmangels, Witterungsverhältnisse, polizeilicher Anordnung, Stillung des Baues durch den Bauherrn, Betriebsförderung der Materialförderungsanlagen oder partieller Streiks der auf den Arbeitssätzen beschäftigten Mitarbeiter, kann der Geselle oder Arbeiter ebenfalls seinen Lohn beanspruchen. In Orten, wo Kündigungsschriften verhindert sind, kann bei Materialmangel das Arbeitsverhältnis von den Arbeitern ohne Einhaltung der Kündigungsfristen gelöst werden, sofern der Arbeitgeber sich nicht rechtzeitig zur Zahlung des Lohnes bereit erklärt hat. Die Lohnzahlung beginnt plötzlich nach Schluss der Arbeitszeit, Witterzeit nach Ablauf einer halben Stunde wird die Arbeitsstunden nicht verlassen werden. — § 6d. **U n f a l l v e r h i l f u n g**. Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind von beiden Seiten

stand ohne Abzug des Betrages für die nicht gearbeitete Zeit. — Wacker zu den. Bis übernahmen will die in § 8 Absatz 3 unter 1 genannte Zeit. — Metallarbeiter. Der Mindestlohn beträgt 60,- pro Stunde. Für Gehalts- die infolge Übers oder Schwultheit in ihrer Leistungsfähigkeit bestimmt sind, für Jugendlicher im ersten Jahre nach beendeter Lehre und bestandener Gesellenprüfung kann ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung festgestellt werden, jedoch nicht unter 60,-. An Zusätzliches zu vorstehenden 25,- für Sonntagsarbeit und an gezeitigen Ferientagen 20,-. — Altkorda betont. Bei Altkordarbeit ist der Preis vor der Uebernahme zu vereinbaren und ein Altkordzettel, auf dem Preis und Gültigkeit der angestrebten Arbeit verzeichnet ist, auszufertigen. Der Stunden- oder Tagelohn wird bei Altkordarbeit garantiert, jedoch ist der Altkordkreis berat anzusehen, daß ein angemessener höherer Verdienst erzielt werden kann. Regelmäßig wiederkehrende Altkorde sind in ein Preissverzeichnis einzutragen. — Lohnabholung. Für die Lohnabholung gilt § 8, letzter Absatz. — Allgemeines. Wo nicht abweichende Bestimmungen bestehen, sind die Bestimmungen des Allgemeinen Vertrages ungenau Anwendung. — Protokollarische Erfüllung. Alle Sonderbestimmungen dieses Vertrages, das heißt alle spezifischen Vereinbarungen der Vertragsschließenden über den Geltungsbereich, die Arbeitszeit, die Lohnsätze, die Buschläde, die Altkordarbeit und die Lohnabholung sollen für den zum 1. April 1910 herzustellenden Tarifvertrag mit der Maßgabe Geltung haben, daß am 1. April 1910 eine Erhöhung des Stundenlohnes um 8,-, am 1. Juli 1910 eine übermalige Erhöhung des Stundenlohnes um 2,- eintritt, so weit es sich um die im § 4 festgelegten Arbeitsstunden handelt. Die allgemeinen Bestimmungen des zum 1. April 1910 heraufstellenden Vertrages, ebenso dessen Geltungsdauer sollen den im Maurer- und Zimmergewerbe noch zu treffenden Vereinbarungen angepaßt sein. — Eine Versammlung am 12. Oktober erklärte sich mit dem Vertrag einverstanden. Der Tarifvertrag ist ein wesentlicher Fortschritt für unsere Kollegen. Die vielen Fehlungen, die bis jetzt bestanden, blühen dadurch behoben sein und es kann die Agitation und die Schulung der Kollegen in ihrem und im Interesse der Organisation bedeutend besser entfaltet werden. O. V.

Metallarbeiter.

Berlin. Die Arbeiter der Firma Bossé hielten vor längerer Zeit eine Versammlung ab, in der Kollege Münster referierte. Nachdem er die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Firma kritisiert und die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände im allgemeinen gekennzeichnet hatte, forderte er die Versammlung auf, an den Streitungen der organisierten Arbeiterschaft mitzuwirken, damit die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma und die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen für die Arbeiter bessere werden. Wenn die Kolleginnen und Kollegen das tun wollten, dann müßten sie sich der Organisation anschließen, die bewiesen hat, daß sie immer die Interessen der Metallarbeiter am besten wahrgenommen hat; dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Obwohl der heisige Vertreter des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes, der bekannte Münster, in dieser Versammlung anwesend war, hielt er es trotz wiederholter Aufforderung für ratsam, zu schwiegen. Die Versammlung, die den Worten des Kollegen Händle zustimmte, haite das schöne Resultat gezeigt, daß mehrere Kollegen und Kolleginnen den Beitritt zu unserem Verband erklärt. Münster scheint wegen seines stillschweigens (er ist sonst sehr redselig) von seinen vorgesetzten Behörden eine Rüge erhalten zu haben, denn bald darauf berief der „christliche“ Metallarbeiter-Verband eine Versammlung ein mit dem Thema: „Wie können die Arbeiter der Firma Bossé ihre Lage verbessern?“ Wie wenig Interesse aber die Metallarbeiter Berlins an der „christlichen“ Organisation haben, bewies der Besuch der Versammlung, es waren nur wenige Tische besetzt; aber trotzdem leierte Münster sein Sprüchlein herunter. Unter anderem sagte er, es werbe immer Arme und Reiche geben, das war schon zu Christus Zeiten so und ist es heute noch, und da wir eine sozialdemokratische Gewerkschaft seien und den Kampf genau so führen, wie die sozialdemokratische Partei: Kampf gegen das Privatentgut. Kampf gegen die Religion usw., so würden wir nie etwas eringen. Seine (christliche) Organisation dagegen wirkte ergiebiger. Trotzdem mußte aber Münster die Erfolge der freien Gewerkschaften anerkennen; obwohl er weißlich über unsere Taktik schimpfte, empfahl er doch von seiner Organisation den radikalsten Kampf gegen das Unternehmertum. Er verbesserte sich aber gleich wieder, indem er sagte: es wäre das nur „bildlich“ gemeint. Er sprach dann noch über alles mögliche und unmögliche. Die deutsche Arbeiterschaft würde nicht eher anerkannt und siegreich sein, ehe ihre Organisation nicht auf „christlichen-nationaler“ Grundlage aufgebaut seien. Der erste Redner in der Diskussion war der Kollege Bach, der seiner Freude darüber Ausdruck gab, nochmals mit Münster zusammengekommen zu sein, um ihm sagen zu können, daß er nun endlich seine Finger von den Berliner Metallarbeitern lassen solle, da er doch schon oft genug habe hören müssen, in Berlin sei für die „christliche“ Organisation nichts zu holen. Die „christlichen“ Gewerkschaften seien nur zu dem Zwecke gegründet worden, dem Wachstum der Sozialdemokratie und der reichen Gewerkschaften ein Paroli zu ziehen und diesen bei ihren Kämpfen einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. In der Hand von reichhaltigem Material kennzeichnete der Redner auch das Verhalten Münsters, der als Sekretär der Berliner Christlichen sogar Arbeitswillige nach auswärts besorgt habe. Redner wies dann noch darauf hin, daß wir auch aus einem verlorenen Kampf lernen und nicht die Hände ins Korn werfen müßten oder uns von Leuten lädtieren lassen dürften, die systematisch Feindseligkeiten treiben. Die Metallarbeiter Berlins müßten sich alle im Deutschen Metallarbeiter-Verband zusammenfinden. Der nächste Redner, Kollege Bauer, betonte, daß die Religionsangehörigen mit der Interessenvertretung der Gewerkschaften nichts zu tun haben, er sei der Meinung, daß die heutigen Vertreter der Kirche nur noch Bützel der kapitalistischen Regierung seien. Er untertrat dann folgende Resolution: „Die antreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Bossé sind nach wie vor der Ansicht, daß die Vertretung und Wahrung der Arbeit rücksicht mit Religion gar nichts zu tun haben. Die Versammlungen verpflichten sich vielmehr, für die Ausbreitung der freien Gewerkschaft Sorge zu tragen und nicht eher zu ruhen, bis sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie im Deutschen Metallarbeiter-Verband vereinigt sind.“ Der dritte Redner sprach ebenfalls unter dem Beifall der Versammlung gegen die „christliche“ Organisation. Nun nahm Münster wieder das Wort: Bahn hätte nicht sachlich gesprochen. (Burk: Das hatte wohl gesessen!) Auch sei unsere Staatskunsttheorie Prinziptheorie. Er versuchte dann klarzumachen, warum die „christlichen“ Gewerkschaften gegründet worden seien, nicht um uns zu bekämpfen, sondern in der bestehenden Gesellschaft etwas zu erreichen. Wir predigten den Kampf gegen alles Beseitigende, deshalb sei es notwendig, die „christlich-nationalen“ Arbeiter zusammenzuführen. Zwischen wurde mitgeteilt, daß der Saal um 8 Uhr geräumt werden müsse. Der Vortragende schlug vor, die Versammlung zu vertagen. Es wurde von unserer Seite dagegen eingewendet, daß wir nicht gewillt seien, die Versammlungen interessant zu machen, es wurde Schluß und Abstimmung über die Resolution beantragt. Da es erst 7½ Uhr war, hatte der Vorsitzende noch Zeit, eine Abstimmung vorzunehmen, aber der Münster rebte auf ihn ein und stellte die Resolution zu sic. Ein Teil der Versammelten stimmte zu der Bahn und verlangte energetisch Abstimmung über die Resolution. Münster rührte sich nicht und der Vorsitzende lobte die Versammlung. Kollege Bahn stand dann auf und teilte den Versammelten den Inhalt der Resolution mit, woraus mit großem Beifall erwidert wurde. Wir haben wieder einmal, daß die Brüder in Christo im trüben zu fischen versuchten, um einige Schätze für sich einzufangen. Aber es war nun wieder nichts gewesen. Wir aber müssen den Kollegen von Bossé und allen anderen Betrieben zu: sorgt dafür, daß der letzte Metallarbeiter Berlins der Organisation zugeführt wird, die wirklich seine Interessen vertreibt, und das ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband.

Duisburg. Die Maschinenfabrik und Werkstätte der Eisenbahn während des Betriebes pro Stunde 0,90,- d. Durchgang. Der christliche Verband hat nach dem Blattwerk 16,25,- d. Durchgang pro Stunde, während es nach der Nr. 10 des Metallarbeiter-Zettels nur 27,10,- d. beträgt. Dabei werden wir nur bemerken, daß die Leistungsfähigkeit und Durchsetzungskraft einer Organisation nach dem Weg nach dem Vermögen steht. Was leicht kann das christliche Verband gegenüber dem Deutschen Metallarbeiter-Verband erhebt die gleichen und noch höhere Werte, wie hoch ist aber die Leistung pro Stunde und Jahr. Das mögen doch die Christenführer ihren Söhnen auch — aber der Maibach ist gekommen, es kann ja auch nicht möglich sein, solche Leistungen zu erzielen. Nun zu der Versammlung. Als ersten Redner hatte man Christian Stolze aus Offenbach geschickt. Der gute Mann glaubte der Versammlung erzählen zu müssen, daß auch sein bisheriger Dienstjahr von 84,- pro Stunde nicht mehr ausbezahlt werden, man könne ihm nur 80,- pro Stunde geben. Der Mann war selbstverständlich mit dieser Annahme nicht einverstanden und so blieb ihm kein anderer Ausweg, als zu gehen. Selbst da glaubte man noch das Recht zu haben, die Lohnsteuer vorzunehmen, und man bequemte sich erst nach energetischem Protest und Wehrung von anderer Seite dazu, dem Manne seinen wohl verdienten Lohn von sage und schreibe 84,- pro Stunde auszuzahlen. Und für sich ist es ja keine neue Erfindung, namentlich bei der Firma, daß man sich die gegenwärtige schlechte Geschäftslage zunutze macht und die Löhne willentlich reduziert, aber eine Lohnsteuer in der Weise vorzunehmen, wie in diesem Falle, das übertrieben doch alles bisher Dagewesene, eine derartige Praktik haben wir bei unseren bislangen Unternehmen, dies muß zu deren Ehre gesagt werden, bis jetzt noch nicht erlebt. Wir könnten nicht feststellen, wer die treibende Kraft hierzu war; sei es nun, wer es wollte, ob Direktor, Betriebsleiter oder Meister, von Menschlichkeit kann bei einer beratenden Handlungswise nicht mehr gerebet werden. — Kaum hatte sich der Unvorteile über diesen Fall etwas gelegt, zeigte sich schon wieder ein anderes Bild. Am Freitag (Datum?) wurden die Arbeiter mit einem Anschlag bedacht, der allgemeines Kopfschlütteln erregte. Die Direktion teilte mit, daß schon seit einiger Zeit fortwährend Diebstähle von Metallguß vorkämen; sie hätte versucht, dem vorzubeugen, jedoch vergeblich. So habe sie einen eisernen Kasten mit zwei Vorhangsschlössern anfertigen lassen, auch beider auf, solche Elemente von selbst abzulösen und der Direktion gezeigt, daß sie sich nicht ablösen ließen. Deshalb forderte sie die Arbeiterheitlich zu sein in der Feststellung der Diebe. Sowohl könnte man sich natürlich noch mit dem Anschlag einverstanden erklären, aber was nun folgte, mußte beleidigend für jeden Arbeiter sein. Man forderte zur Denunziation und Bespitzelung der Arbeiter unter sich auf und versprach den Denunzianten völlige Verheimlichung ihrer Namen und Belohnung für ihr edles Gewerbe, drohte aber in demselben Schriftstück mit Entziehung der Erlaubnis des Essentragens in die Fabrik und mit körperlicher Bestrafung beim Aussgang, wenn es nicht gelänge, den Dieb auffindig zu machen. Dies bedeutet geradezu einen Schlag ins Gesicht eines jeden Arbeiters, hier beweist die Leitung der Fabrik wieder einmal aufs beste, wie schlecht sie auf ihren Posten passt und wie diese Herren die Arbeiter einjähren. Es liegt uns natürlich fern, irgend einen Diebstahl oder Betrug beschönigen zu wollen, aber wir sind der Meinung, wenn sich in einem Betrieb, in dem nahezu 200 Arbeiter beschäftigt sind, ein Dieb befindet, sollten doch nicht alle Arbeiter als Diebe angeschworen werden, ebensoviel wie man alle Beamten eines Betriebes als solche bezeichnen kann, wenn hin und wieder eine Unterschaltung, ein Betrug oder Diebstahl im Bureau vorkommt. Auch der Arbeiter besitzt eine Ehe, die man nicht ohne weiteres in den Kopf ziehen soll, das aber ist hier geschehen. Ein trauriges Subjekt, ein ganz gemeiner Denunziant hat sich durch diesen Anschlag zu der erbärmlichen Tat verleiten lassen, einen Arbeiter der Firma und einen völlig unbeteiligten Verwandten desselben des Diebstahls und der Schleuder zu bezüglich. Er war aber der Firma gegenüber äußerst vorsichtig, allem Anschein nach findet er die Herren seines Vertrauens nicht würdig und verschweigt selne ehrenwertes Namen. Die Direktion natürlich war höchst genug auf eine anonyme Denunziation hineinzufallen; sie ließ den betreffenden Arbeiter am Samstag vormittag ohne weiteres aus dem Kreise seiner Kollegen durch einen Kriminalbeamten verhören; der Herr Direktor in jüngerer Person beteiligte sich an der Haussuchung, die am selben Vormittag bei dem Arbeiter und seinem Verwandten vorgenommen wurde. Hierbei mußte er allerdings einsehen, daß er der Gerechtsame war, die Recherchen waren völlig ergebnislos, und notgedrungen mußte der Herr Direktor die Ehe des Arbeiters wieder eingermachen herstellen, indem er den unschuldig Beschimpften selbst an seine Arbeitsschule führte und hier der anderen Arbeitern gegenüber die Erklärung abgab, der Verdacht sei völlig unbegründet und die Denunziation ein elender Schurkenstreich. Dieselben Herren, die bei etwaigen Differenzen zwischen Arbeitern und Vorgesetzten in jedem unbedachten Falle, daß in der Eregung gefallen eine schwere Bekleidung erbliden, die nur mit Entlastung, also Brotslosmachung, der härtesten Strafe, geführt werden könnte, scheuen nicht davor zurück, den Ruf eines Arbeiters für immer zu schädigen aus Anlaß einer elenden Denunziation. Und dies alles um einiger Stücke Metallguß willen! Es sind in diesem Betrieb im Laufe der letzten 15 Jahre Fälle vorgekommen, bei denen es sich nicht um solche Kleinigkeiten, sondern um hohe Geldbeträge handelt. Dort wären derartige Schritte eher angebracht gewesen. Bei diesen Fällen aber war man vorsichtiger, handelte es sich doch nicht um gewöhnliche Arbeiter, sondern um höhere Beamte. Heute sieht die Betriebsleitung offensichtlich, daß es bald, auch den gemeinschaftlichen Briefschreiber der ihm gehörigen Straße der Gerechtigkeit aller anständigen Menschen auszuliefern.

Duisburg. (Christian Schmitz) Am Sonntag den 24. Oktober hielten die „christlichen“ eine Versammlung ab, die zur Feier des zehnjährigen Bestehens des „christlichen“ Metallarbeiterverbändchens dienten sollte. Die gesamten Metallarbeiter von Duisburg und Umgegend waren dazu durch 20 000 Flugblätter eingeladen. In den Zentralblättern war von einer „öffentlichen Versammlung“, in den Flugblättern aber von einer „öffentlichen Versammlung“ mit Diskussion die Rede. Der Punkt Diskussion war aber jedenfalls nur als Mittel auf dem Flugblatt angeführt, denn in der Versammlung selbst ist von der Versammlungsleitung gar nicht gefragt worden, ob Diskussionsredner das Wort mitschaffen. Die ganze Versammlung war artigiert, um die „Größe und Erfolge“ des Zentralverbands den gebürtigen Bürgern vorzudemonstrieren. Wir würden uns nun mit der Versammlung nicht befassen, wenn nicht durch das Flugblatt sowie in der Versammlung selbst in echt zentralchristlicher Art und Weise gekämpft worden wäre. Das Flugblatt selbst ist in einer so schwulstigen Art und Weise verfaßt, wie es eben nur Christen fertigbringen. Danach haben die Arbeiter überhaupt nur den Zentralchristen ihre gewerkschaftlichen Erfolge: Verbesserung der Lebenshaltung u. s. w., zu verdanken. Wahrscheinlich sind die 400 Millionen neuer Steuern, die den deutschen Arbeitern von den Zentralchristen aufgezehrt sind, auch ein „Erfolg“ für die Arbeiter. Nur einige angebliche „Erfolge“ aus dem „christlichen“ Flugblatt wollen wir anführen: Bei Langen & Sohn, waren es da die Christlichen allein, bei Seehausen & Co. waren es da die Christlichen allein, die an der Bewegung beteiligt waren? Die Arbeiter, die das Flugblatt gelesen, werden ob der „Erfolge“ den Kopf geschüttelt haben. Weiter führen die Christen die Bewegung bei Kiesels auf. Im Jahre 1907 fiel das Zentral-Metallarbeiterverbändchen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei der damaligen Bewegung in den Rücken, und 1909 war er nicht wieder Mann (?) an der Bewegung beteiligt. Das die Christen in dem Flugblatt aber einen Erfolg bei den kleinsten Fällen gewonnen haben herauszustellen, ist das aller Schönste. Darauf haben nämlich die Christen gestellt und während des Streiks machte das Flugblattwerk — plötzlich. Wenn die Christen sich mit solchen „Erfolgen“ austzen, kann es uns recht sein. Als weiteren Beweis für die „Erfolge“ des christlichen Verbändchens führt der Flugblattschreiber die Verhältnisse der einzelnen Verbände an. Der Deutsche Metallarbeiter-

Verband hat nach dem Blattwerk pro Stunde 0,90,- d. Durchgang, während des Verbands pro Stunde 16,25,- d. Durchgang. Der christliche Verband hat nach dem Blattwerk 21,20,- d. Durchgang pro Stunde, während es nach der Nr. 10 des Metallarbeiter-Zettels nur 27,10,- d. beträgt. Dabei werden wir nur bemerken, daß die Leistungsfähigkeit und Durchsetzungskraft einer Organisation nach dem Weg nach dem Vermögen steht. Was leicht kann das christliche Verband gegenüber dem Deutschen Metallarbeiter-Verband erheben die gleichen und noch höhere Werte, wie hoch ist aber die Leistung pro Stunde und Jahr. Das mögen doch die Christenführer ihren Söhnen auch — aber der Maibach ist gekommen, es kann ja auch nicht möglich sein, solche Leistungen zu erzielen. Nun zu der Versammlung. Als ersten Redner hatte man Christian Stolze aus Offenbach geschickt. Der gute Mann glaubte der Versammlung erzählen zu müssen, daß auch sein bisheriger Dienstjahr von 84,- pro Stunde nicht mehr ausbezahlt werden, man könne ihm nur 80,- pro Stunde geben. Der Mann war selbstverständlich mit dieser Annahme nicht einverstanden und so blieb ihm kein anderer Ausweg, als zu gehen. Selbst da glaubte man noch das Recht zu haben, die Lohnsteuer vorzunehmen, und man bequemte sich erst nach energetischem Protest und Wehrung von anderer Seite dazu, dem Manne seinen wohl verdienten Lohn von sage und schreibe 84,- pro Stunde auszuzahlen. Und für sich ist es ja keine neue Erfindung, namentlich bei der Firma, daß man sich die gegenwärtige schlechte Geschäftslage zunutze macht und die Löhne willentlich reduziert, aber eine Lohnsteuer in der Weise vorzunehmen, wie in diesem Falle, das übertrieben doch alles bisher Dagewesene, eine derartige Praktik haben wir bei unseren bislangen Unternehmen, dies muß zu deren Ehre gesagt werden, bis jetzt noch nicht erlebt. Wir könnten nicht feststellen, wer die treibende Kraft hierzu war; sei es nun, wer es wollte, ob Direktor, Betriebsleiter oder Meister, von Menschlichkeit kann bei einer beratenden Handlungswise nicht mehr gerebet werden. — Kaum hatte sich der Unvorteile über diesen Fall etwas gelegt, zeigte sich schon wieder ein anderes Bild. Am Freitag (Datum?) wurden die Arbeiter mit einem Anschlag bedacht, der allgemeines Kopfschlütteln erregte. Die Direktion teilte mit, daß schon seit einiger Zeit fortwährend Diebstähle von Metallguß vorkämen; sie hätte versucht, dem vorzubeugen, jedoch vergeblich. So habe sie einen eisernen Kasten mit zwei Vorhangsschlössern anfertigen lassen, auch beider auf, solche Elemente von selbst abzulösen und der Direktion gezeigt, daß sie sich nicht ablösen ließen. Deshalb forderte sie die Arbeiterheitlich zu sein in der Feststellung der Diebe. Sowohl könnte man sich natürlich noch mit dem Anschlag einverstanden erklären, aber was nun folgte, mußte beleidigend für jeden Arbeiter sein. Man forderte zur Denunziation und Bespitzelung der Arbeiter unter sich auf und ver sprach den Denunzianten völlige Verheimlichung ihrer Namen und Belohnung für ihr edles Gewerbe, drohte aber in demselben Schriftstück mit Entziehung der Erlaubnis des Essentragens in die Fabrik und mit körperlicher Bestrafung beim Aussgang, wenn es nicht gelänge, den Dieb auffindig zu machen. Dies bedeutet geradezu einen Schlag ins Gesicht eines jeden Arbeiters, hier beweist die Leitung der Fabrik wieder einmal aufs beste, wie schlecht sie auf ihren Posten passt und wie diese Herren die Arbeiter einjähren. Es liegt uns natürlich fern, irgend einen Diebstahl oder Betrug beschönigen zu wollen, aber wir sind der Meinung, wenn sich in einem Betrieb, in dem nahezu 200 Arbeiter beschäftigt sind, ein Dieb befindet, sollten doch nicht alle Arbeiter als Diebe angeschworen werden, ebensoviel wie man alle Beamten eines Betriebes als solche bezeichnen kann, wenn hin und wieder eine Unterschaltung, ein Betrug oder Diebstahl im Bureau vorkommt. Auch der Arbeiter besitzt eine Ehe, die man nicht ohne weiteres in den Kopf ziehen soll, das aber ist hier geschehen. Ein trauriges Subjekt, ein ganz gemeiner Denunziant hat sich durch diesen Anschlag zu der erbärmlichen Tat verleiten lassen, einen Arbeiter der Firma und einen völlig unbeteiligten Verwandten desselben des Diebstahls und der Schleuder zu bezüglich. Er war aber der Firma gegenüber äußerst vorsichtig, allem Anschein nach findet er die Herren seines Vertrauens nicht würdig und verschweigt selne ehrenwertes Namen. Die Direktion natürlich war höchst genug auf eine anonyme Denunziation hineinzufallen; sie ließ den betreffenden Arbeiter am Samstag vormittag ohne weiteres aus dem Kreise seiner Kollegen durch einen Kriminalbeamten verhören; der Herr Direktor in jüngerer Person beteiligte sich an der Haussuchung, die am selben Vormittag bei dem Arbeiter und seinem Verwandten vorgenommen wurde. Hierbei mußte er allerdings einsehen, daß er der Gerechtsame war, die Recherchen waren völlig ergebnislos, und notgedrungen mußte der Herr Direktor die Ehe des Arbeiters wieder eingermachen herstellen, indem er den unschuldig Beschimpften selbst an seine Arbeitsschule führte und hier der anderen Arbeitern gegenüber die Erklärung abgab, der Verdacht sei völlig unbegründet und die Denunziation ein elender Schurkenstreich. Dieselben Herren, die bei etwaigen Differenzen zwischen Arbeitern und Vorgesetzten in jedem unbedachten Falle, daß in der Eregung gefallen eine schwere Bekleidung erbliden, die nur mit Entlastung, also Brotslosmachung, der härtesten Strafe, geführt werden könnte, scheuen nicht davor zurück, den Ruf eines Arbeiters für immer zu schädigen aus Anlaß einer elenden Denunziation. Und dies alles um einiger Stücke Metallguß willen! Es sind in diesem Betrieb im Laufe der letzten 15 Jahre Fälle vorgekommen, bei denen es sich nicht um solche Kleinigkeiten, sondern um hohe Geldbeträge handelt. Dort wären derartige Schritte eher angebracht gewesen. Bei diesen Fällen aber war man vorsichtiger, handelte es sich doch nicht um gewöhnliche Arbeiter, sondern um höhere Beamte. Heute sieht die Betriebsleitung offensichtlich, daß es bald, auch den gemeinschaftlichen Briefschreiber der ihm gehörigen Straße der Gerechtigkeit aller anständigen Menschen auszuliefern.

Fürstenwalde a. d. Spree. Unsere Arbeiter können jederzeit ihre Begehren und Wünsche persönlich der Direktion unterbreiten und auf eine gerechte Regelung ihrer Anliegen rechnen, wir brauchen keinen Arbeiterausschuß. Dieser Antwort erhielt die Arbeiterschaft der kleinen Firma Gustav Pintsch, A.-G., als sie vor Jahresfrist nach einigen Betriebsversammlungen in denen die Arbeitsverhältnisse des Werkes einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden, die Forderung nach einem Arbeiterausschuß stellte. Das diese Antwort aber nur eine leere Redensart war, daß die Mehrheit die Weisung mit den jährlich 2000 Arbeitern, die ihr unterstellt sind, nach Besiedeln schalten und warten will, das war nach wie vor deutlich zu bemerken. Das Gustav Pintsch, das die Weisung der Arbeiterschaften des Werkes einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden, die Forderung nach einem Arbeiterausschuß stellte. Das diese Antwort aber nur eine leere Redensart war, daß die Mehrheit die Weisung mit den jährlich 2000 Arbeitern, die ihr unterstellt sind, nach Besiedeln schalten und warten will, das war nach wie vor deutlich zu bemerken. Das Gustav Pintsch, das die Weisung der Arbeiterschaften des Werkes einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden, die Forderung nach einem Arbeiterausschuß stellte. Das diese Antwort aber nur eine leere Redensart war, daß die Mehrheit die Weisung mit den jährlich 2000 Arbeitern, die ihr unterstellt sind, nach Besiedeln schalten und warten will, das war nach wie vor deutlich zu bemerken. Das Gustav Pintsch, das die Weisung der Arbeiterschaften des Werkes einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden, die Forderung nach einem Arbeiterausschuß stellte. Das diese Antwort aber nur eine leere Redensart war, daß die Mehrheit die Weisung mit den jährlich 2000 Arbeitern, die ihr unterstellt sind, nach Besiedeln schalten und warten will, das war nach wie vor deutlich zu bemerken. Das Gustav Pintsch, das die Weisung der Arbeiterschaften des Werkes einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden, die Forderung nach einem Arbeiterausschuß stellte. Das diese Antwort aber nur eine leere Redensart war, daß die Mehrheit die Weisung mit den jährlich 2000 Arbeitern, die ihr unterstellt sind, nach Besiedeln schalten und warten will, das war nach wie vor deutlich zu bemerken. Das Gustav Pintsch, das die Weisung der Arbeiterschaften des Werkes einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden, die Forderung nach einem Arbeiterausschuß stellte. Das diese Antwort aber nur eine leere Redensart war, daß die Mehrheit die Weisung mit den jährlich 2000 Arbeitern, die ihr unterstellt sind, nach Besiedeln schalten und warten will, das war nach wie vor deutlich zu bemerken. Das Gustav Pintsch, das die Weisung der Arbeiterschaften des Werkes einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden, die Forderung nach einem Arbeiterausschuß stellte. Das diese Antwort aber nur eine leere Redensart war, daß die Mehrheit die Weisung mit den jährlich 2000 Arbeitern, die ihr unterstellt sind, nach Besiedeln schalten und warten will, das war nach wie vor deutlich zu bemerken. Das Gustav Pintsch, das die Weisung der Arbeiterschaften des Werkes einer eingehenden Erörterung unterzogen wurden, die Forderung nach einem Arbeiterausschuß stellte. Das diese Antwort aber nur eine leere Redensart war, daß die Mehrheit die Weisung mit den jährlich 2000 Arbeitern, die ihr unterstellt sind, nach Besiedeln schalten und warten will, das war nach wie vor deutlich zu bemerken. Das Gustav Pintsch, das die Weisung der Arbeiterschaften des Werkes einer eing

dem Werkstättigwerden der Arbeiter werden die vorgefeschten Abgaben
ausgeglichen gemacht und auch die Vereinbarung, die von uns und ganz
deutschland steht, sollte wieder aufgehoben werden. Wettbewerbswert ist
aber, daß nach den Ausschreibungen des Werkes die Unternehmung auf
Veranlassung der Betriebsleitung Nutzen haben hat, diese aber haben
nicht wissen wollte. Fast gleichzeitig mit dieser Anklagegegenheit wurde
den Kaufmeistern bestimmtgegeben, daß vom 1. März an
Preisreduzierungen von 7 bis 30 Prozent vorstehen und die Kämpfer
den Nachnaufall durch das Reisen einer billigeren Wohnung
verhindern sollten. Wohlwollend, wie die Firma ist, sollten alle,
die zum 1. März keine billigere Wohnung erhalten, die alten Preise
bis zum 1. April erhalten. Wer nicht für bis neuen Preise, die
am 1. April auch voll in Kraft traten, arbeiten wollte, konnte sich
nach anderer Arbeit umsehen. Deutlicher als in diesem Falle, in
dem nicht die geringste technische Verbesserung oder Veränderung in
der Arbeitsmethode eintrat, konnte das Wohlwollen der Firma nicht
hervorgerufen werden. Doch dieser Fall sieht nicht verhältnismäßig
in allen Abteilungen: Dreherei, Schlosserei, Schmiede, Kessel-
schmiede u. s. w. werden ständig Preisregulierungen vorgenommen,
die immer zum Schaden der Arbeiter ausfallen. Die Arbeiter können
ja jederzeit ihre Klagen bei der Direktion vorbringen, ob diese aber
berücksichtigt werden, das ist eine andere Frage. Jedensfalls sorgt
die Werksleitung dafür, daß den Arbeitern der Glaube an das Wohl-
wollen genommen wird. Entlassung oder Versetzen in eine obere
Schichterbezahlte Arbeitsstelle sind wiederholt die Folgen für die
Beschäftigten, die hervorbringenden gewesen. Willkommenen Anlaß zu krankenden
Arbeitsarten erhalten durch dieses Verhalten der Firma etliche Werk-
meister, denen das Eintreten aufrichtiger Arbeiter für ihre Interessen
ein Dorn im Auge ist. Von besonderer Charaktereigenschaft zeugte
eine Verhetzung des Meisters B n k, als ihn ein Arbeiter darauf
aufmerksam machte, daß seine Mitarbeiter nicht so billig und willig
arbeiten wie er: "Ach, die Arbeiter lernen alle noch aus der Hand
tun!" Ob dieser Herr seine Rührung mit Hilfe eines anderen
Körpers zu sich nimmt, wollen wir nicht weiter untersuchen,
ebensfalls ist er aber nicht darüber sicher, daß er bei der großen Unfall-
gefahr, die für die Arbeiterschaft in der Kesselschmiede, im Maschinen-
bau, in der Schlosserei I u. s. w. besteht, nicht auch einmal zu
Schaden kommt und ihm der Gebrauch seiner Hände unmöglich ge-
nach wird. Es würde ihm dann jedensfalls nicht anders ergehen,
als mehreren anderen Unfallverletzten, die von der Gesellschaftsleitung
ewiglich zu versieben befomen, daß die Arbeiter gut genug sind, bei
höherer, schlechtbezahlter Arbeit ihre gesunden Knochen zu lassen,
um aber gehen können. "Wir haben bereits 24 Invaliden zu be-
hauptigen, wir sind doch keine Invalidenversorgungsanstalt. Sie
dürfen aufhören." Diese Antwort belam nämlich ein Arbeiter, als
nach der ärztlichen Behandlung einer Unfallverletzung wieder in
Arbeit treten wollte, von dem Geschäftsführer des Werkes, Herrn
i. d. Auch dieser Herr hat absolut keine Veranlassung, eine derartige
Leistung den Arbeitern zu bieten. Hätte er seine 25jährige Tätig-
keit in der Stanzerei oder Schweißerei des Werkes absolviert
lassen, dann könnte er sich glücklich schäzen, jetzt noch seine gesun-
den Gliedmaßen zu besitzen, oder aber auch: wäre er nicht in der
üblichen Lage, Geschäftsführer zu sein, sondern nur ein gewöhn-
licher Arbeiter, wer weiß, ob er bei seinem körperlichen Gebrechen
den Vorgesetzten nicht schon längst zum Tore hinausgejagt
worden wäre. Das Schönste, was sich aber die Werksleitung leistet,
ist vor kurzer Zeit zutage. Seit einigen Jahren besteht in ver-
bliebenen Abteilungen das Kolonnenystem. Ein bevorzugter Ar-
beiter — es kommt hier vielschach weniger auf die Intelligenz an —
ist als Kolonnenführer mit einem höheren Lohnsatz bestimmt. Der-
selbe erhält die Arbeit und auch die hierzu erforderlichen Allord-
nungs-Logesattel. Es ist nun allgemeiner Brauch, daß der Kolonnen-
führer die Ausfüllung dieser Zettel besorgt und die übrigen Ko-
lonnenarbeiter nur das für sie verrechnete Geld in Empfang neh-
men. Ob die Berechnung stimmt und wie verrechnet wird, wissen
meisten der Kolonnenarbeiter nicht. Sie erfahren erst, was sie
bekommen haben, wenn sie bei der Lohnzahlung die Lohnstücke in die
Hand bekommen. In nur wenigen Fällen sind die Arbeiter
vermietet; in einem Falle war es aber möglich, daß die Arbeiter
der Kolonne in der Schweißerei I feststellen konnten, daß der an-
geschlagene auf dem Logesattel verzeichnete Allordnungspreis von 40 M nach
Abzug der Leistung der Arbeit und nach Abziehung des Allordnungsattels auf
40 M umgeändert war. Bei dieser Änderung vorgenommen hat,
zieht sich unserer Kenntnis. Anders erging es jedoch einigen Ar-
beitern im Rezipientenbau, die über ihren Verdienst keinen Aufschluß
haben und auch nur damit zu zufrieden seyn wünschen, was sie bei der
Lohnzahlung bekommen. Hörte da eines Tages ein Schweißermeister, der
eine Kolonne von mehreren Arbeitern führte, auf. Nun stellte sich
einmal heraus, daß die Kolonne bereits circa 400 M zu viel
zahlt hatte; es soll wohl eine jährlich bezahlte Arbeit noch gar nicht
abgeführt worden sein. Da veränderte sich, daß bei der großen
Menge von Aufnahmepersonen der Fehler noch nicht früher bemerkt
wurde. Aber es scheint, als ob die Werkmeister weniger wegen
der Intelligenz im Arbeiten oder in der Überprüfung der ihnen ob-
liegenden Arbeiten als zum Antreden angeleitet sind, denn sonst
würde es doch dem Meister B n g e r von der Schweißerei an-
merken müssen, daß die Arbeiten, auf die die Allordnungsattel ausgestellt
sind, gar nicht im Arbeit sind. Aber auch hier muß festgestellt
werden, daß dieser Fall nur eintreten konnte, weil für die Arbeiten
diese festgestellt sind, die, nach dem Verdienst zu urtheilen, schlechte
waren, sonst wäre der Fehler bei dem Verdienst der Arbeiter heraus-
zustellen. Wir wollen hierbei gleich herausheben, daß ein Arbeiter
jährlang der zweimal 14tägigen Lohnverhinder, die er bei der Sto-
ne arbeitete, Verdienste von rund 53, 52, 45 und 42 M zu ver-
hinden hatte. Sodann soll kein Verdienst, bei dem man eine jährlich
offene Summe von je 11 M betrachten könnte. Das heißt es, den
Arbeitern zugetan und dazu müssen die Arbeiter herholten. Einem
Arbeiter wurden vor kurzer Zeit einige Stunden weniger berechnet.
Er fußt nach der Urteile erledigte, wurde ihm vom Direktor
Werkes, Herrn D i e g e l, bekanntgegeben, daß er 46 M zu viel
bekommen habe und ihm diese Summe in Reiter bzw 2 bis 3 M pro
Lohnzahlung zu Abzug gebracht werde, wenn ihm dies nicht passie-
re, so er geben. Außer diesen erhalten noch Männer ein Schwei-
ßerei 30 M, zwei Männer je 70 M, ein anderer Arbeiter, der
seine Zeit aufgewendet hat, eine kleinere Summe, und der Rest
von dem ehemaligen Schweißerei eingespart werden. Wenn
sich der Herr Direktor mit den geplanten Veränderungen nicht
zufrieden machen kann. Was sagt der Herr Diegel, was die Er-
richten des Unternehmens nach dem Gesetz, die haben die Stadt
diese geht der Staat. Dies's nicht heißt, der kann geben. Über
Unterschriften ist auch erledigt, es macht in Arbeits-
welt. Denkt man nach einen Tag der Woche erwartet
es nicht mehr ja verloren, daß die Mittagspause einen öffent-
lichen Schreiber geben. Bei dieser Gelegenheit wurde auch be-
hauptet, daß für Arbeitsschreiber im vorigen Jahre 50 000 und im
jungen 100 000 M erledigt seien. Das sollte nun zweitausend, es
ist jedoch etwas vom Arbeitsschreiber zu spüren sein. Weit
erst. Gingen über hunderttausend Minuten und wenige Schre-
ibungen treten täglich auf. Die Beschäftigung der Schre-
ibenden ist in verschiedenster Weise zu begreifen ist, gibt
nicht. So, die Arbeitserledigung steht sogar den 5 616 des
öffentlichen Schreibens auf, meistens für eine verhältnismäßig nicht
lange Zeit die Beleidigung an der Arbeitserledigung ohne Be-
hauptung des Arbeiters bezahlt werden muss. Da kommt es vor,
daß eine Arbeitserledigung lange über jede Mittagspause einige
Stunden nicht arbeiten kann. Eine Entschädigung gibt es nicht
so zu enden kann man, daß Arbeiter nicht einmal den
Arbeitszeit verlieren kann. Ganz alles, was im Betrieb zu be-
haupten ist, ist alles andere, nur keine Arbeitserledigung. Doch wir
können nichts verhindern. Es besteht eine Bedenkdlichkeit für 2000
Arbeiter 5 Männer und 9 Frauenschreiber. Leidet gleichermaßen
wie einer jeden Schreiber, als die Löcher verloren sind. Die
Zeit ist für die Zeit der Pausen und 1 Stunde nach Feierabend
gelegt. Das kann hier alles "korrigt" gehen muss, betrifft ein
M. in dem ein Arbeiter, weil er zwei Minuten vor dem Feierabend
den Tag ging, entlassen wurde. Es wurde ihm jetzt

noch ein Kollaborationskampf von gries 20 A eingeschlagen, so daß gegen die Firma gerichtlich vorgehen mußte. Diese Fälle werden von den Arbeitern aus Gurgi, ohne Zeitung zu berichten, verschwiegen. Der Umstand, daß dieser Betrieb das einzige große Unternehmen am diesigen Ort ist, macht die Zeitung vieler hunderttausend von diesem Unternehmen abhängig und läßt der Zeitung den Stamm höher schwellen. Hier muß Freche geschlagen werden. In der Arbeiterschaft liegt es, dieses zu tun. Solange die Firma bis doppeltig Vorbereitung der Arbeiterschaft nach einem Arbeiterausschuß ignoriert, solange die Arbeiter ihre Wünsche und Beschwerden der Direktion selbst unterbreiten müssen, und dadurch schließlich direkt oder indirekt ihre Entlassung oder Abstimmung vor Augen haben, kann ein Vertrauen zur Werkleitung nicht verlangt werden. Hier hilft nur eines, was den Arbeitern immer wieder und wieder gesagt werden muß: Vester Zusammenschluß in der Organisation, im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Nicht eine von dem System abhängige Wohlfahrt verlangt die Organisation, denn diese Wohlfahrt streut den Arbeitern doch ihr Sack in die Augen, sondern Recht. Recht auf menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Höchst a. M. (W u s b e m D o r a b o d e r F a r b w e r k.) Ein erbärmliches Los haben zum Teile die Bleibläter und Hilfsarbeiter in dem Betrieb Ch. II der hiesigen Farbwerke unter der Herrschaft des Meisters Ehrh zu erdulden. Dieser Meister besteht, wie er gerade Lust verspürt, er sieht die Arbeiter nur noch als Maschinen, als Arbeitstiere an. Früher, als er noch Bleibläter in den Diensten der Farbwerke war, hat er gar nicht so auf deren Profil gesehen. Ist nach seiner Meinung zu viel Zeit zu einer Arbeit gebraucht worden, so zieht er dem betreffenden Arbeiter für einige Stunden ab. Bei gefährlichen Arbeiten wird selbst dann keine Hilfskraft gewöhnt, wenn der Bleibläter sie ausdrücklich verlangt. Die schlimmen Folgen, die daraus entstehen können, lassen den Meister kalt. Das Reparieren von Kesseln und Apparaten muß fast immer von einem einzelnen Arbeiter vorgenommen werden. Entwickeln sich in einem Kessel von den Überresten der Säuren noch Gase und passiert dem Arbeiter etwas, so liegt er hilflos im Apparat. Aber die Arbeiter haben nicht den Mut, den Anordnungen des Meisters zu widersprechen. Es mußte kürzlich ein Arbeiter allein, ohne Aufsicht, in einen Apparat hinein. Zwischen die Kammräder der Transmission war ein Brett gestellt worden, um zu verhindern, daß der Antreiber den Apparat in Bewegung setzt. Wenn das Brett herausgefallen wäre und der Antreiber den Apparat in Bewegung gezeigt hätte, wäre der Arbeiter unrettbar verloren gewesen. Auch in hellem Kessel müssen die Arbeiter zu Reparaturen hinein. Einem Arbeiter, der eine Reparatur über einem Salzsäurebehälter zu machen hatte, rutschte die Leiter aus und er kam mit den Füßen in die Säure zu stehen, so daß ihm Schuhe und Strümpfe vernichtet wurden. Auf die Anfrage wegen Gewährung einer Vergütung wurde ihm vom Vorarbeiter (der vom Meister gelernt zu haben scheint) bedeutet: „Es gibt nichts, und wenn Ihnen das nicht paßt, so können Sie gehen.“ In einigen anderen Abteilungen der Bleibläterei kommt man den Arbeitern wenigstens etwas entgegen. Warum geht das nicht bei Meister Ehrh? Die Waschgelegenheit, das Notwendigste im Bleiwalze, ist ungenügend. Tagsüber ist der Waschraum verschlossen, er wird erst fünf Minuten vor Schluß der Arbeitszeit geöffnet. Die Waschheimer, die die Arbeiter in die Werkstatt gestellt haben, um sich gelegentlich notdürftig reinigen zu können, ließ Ehrh entfernen und verbot das Waschen. Dabei laufen doch die Gesetzesbestimmungen, und es wird fortwährend von Sachverständigen in Rede und Schrift darauf hingewiesen, daß vor jeder Mahlzeit die Hände zu reinigen und alle bleischernen Stoffe zu entfernen seien. In anderen Fällen wird den Arbeitern auch anstandslos Alkriminseife zur Verfügung gestellt. Bei Meister Ehrh aber muß man vier Wochen mit einem Stück auskommen, wenn man nicht von ihm den üblichen Schönauer erhalten will. Die Alkriminseife ist bis jetzt das einzige geprobte Mittel, durch dessen regelmäßigen Gebrauch die gefährliche Bleikrankheit zwar nicht verhütet, aber bedeutend eingeschränkt werden kann. Alle Autoritäten sind darüber einig, daß die meisten Bleikrankheiten auf dem Wege von der Hand zum Munde erfolgen. So sagt Professor Dr. Sternberg, Chefarzt bei den Wiener Krankenanstalten: „Möcht sich der Arbeiter stets am Schluß seiner Arbeitszeit und speziell vor jeder Mahlzeit mit Alkriminseife, so können seine giftigen bleischernen Verbindungen seiner Haut anhaften und einer wichtigsten Quellen der saturninären Vergiftungen ist beseitigt.“ Also, Meister Ehrh, mehr Alkriminseife! — Oft ist schon in Versammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in geeigneten Vorträgen, über die Bleigesahr gesprochen worden. Und wie oft ist schon ein Vergleich der Löhne der Bleibläter der Farbwerke mit denen anderer Betriebe gezogen worden. Aber die Einsicht der Arbeiter kommt erst dann, wenn es absolut nicht mehr so weiter gehen kann. Spürt eines jeden Arbeiters, daß mit Hand anzulegen, eineinmal für bessere Verhältnisse zu sorgen. Der Sache Nachdruck verleiht ist aber nur dann möglich, wenn die in den Metallwerken der Farbwerke beschäftigten Metallarbeiter sich im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert und hier Schnitter an Schultern appen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und für einen freeren Arbeiterschatz.

Stuttgart - Untertürkheim. Der Gewerbeverein (Hirschauer) hatte am Abend des 2. November eine Versammlung, der Arbeiter des Daimler-Rotorenwerkes in Untertürkheim einberufen, die, wie es in der Einladung hieß, „mit der einseitigen Vertretung von Arbeiterninteressen nicht einverstanden sind“. In dieser Versammlung wurde durch einen Votab des Generalausschusses S o n n a c h e r (Berlin) beschloßt, daß der Arbeiternausschuss genannten Betrieb sämtlich nach dem Verhältniswohlprinzip gewählt werde, um der „einseitigen Vertretung von Arbeiterninteressen“ begegnen zu können. Bei dieser Abwahl der Herren vom Gewerbeverein ist es aber nicht uninteressant, zu wissen, daß im Rotorenwerk der Daimler vom 1700 Beschäftigten etwa 1000 im Metallarbeiter-Verband und ganze 16 im Gewerbeverein organisiert sind. Ein „guter“ Gewerbeverein folget hieraus das Recht, daß ihnen einige Sitze im Arbeiternausschuss zugeschen werden und so sollte denn Herr Schuhmacher den Weg zu diesen Zielen ebneu. Nun sollte nun meinen, es wäre „Gerechte“ vom Gewerbeverein sich an den Arbeiternausschuss selbst oder doch mindestens an die gesamte Arbeiterschaft gewandt hätten, um dieser die Notwendigkeit der Errichtung eines Kooperationsverbundes nahezumelden. Aber weit gefehlt! Sie allein im Gegenteil möglichst unter sich fern und daher verabschiedeten sie auch nur an ihre Mitglieder und an einzelne Unorganisierte eine Erklärung. Als bekanntgeworden, was die „schlammen Zücht“ in Sachlichkeit für Abgüsse verfolgten, nämlich Mitgliederfang am Ende des Arbeiterschlachtes zu betreiben, wurde sich unser Verein darüber er den des Gewerbevereins mit der Frage: „Haben wir dort auch Partei?“ und die Antwort lautete: „E n d i c h m e i e n z h i n n a s.“ Um nun einmal hinzu geworben zu werden und um die Zügel zu verzehren, die gegen den Arbeiterschlach vergehängt werden sollten, gingen die Mitglieder desselben wie alle anderen Faustkämpfer in die Versammlung. Hier sprach Herr Schuhmacher nicht etwa über die einseitige Interessenvertretung, der Arbeiternausschuss noch jämmerlich genannt haben sollte, sondern über das gegenwärtige Wirken des Gewerbevereins. Wie sie die Freien gewesen seien, die sich nur die Gründung von Arbeiterausschüssen verbürgt gemacht hätten, wie sie betrüge ihre politischen Bestrebungen die Interessen der Arbeiter um objektivsten vertreten und daß sie leicht gefürchteter seien als der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Sollten doch selbst die Unternehmer erzählen, der Gewerbeverein sei viel nobiler als der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Da kam uns der Versammlung die erste Sozialhabe. Aber nun sagte Herr Schuhmacher, wohlwissend um seinen bestreitenden Redaktionssatz sofort zu begründen, wörtlich das Folgende: „Die Interessen der Unternehmer und die Interessen der Arbeiter, sie lassen einander diametral entgegen.“ Es richtig das, so liegt es doch gewöhnlich widerwöhlig, wenn ein Gewerbevereinsführer dies sagt, besser Lebensgefahr es war und ist, diese lastende Wahrheit zu verbreiten. Es beweist diese Bemerkung, daß Herr Schuhmacher reden kann rechts und reden kann links. Nur

Schade, daß ihm die Arbeitnehmer nichts von den
plaudern, was er nach den zwei Richtungen spricht. Um Gottes
Willen er kann die Gewerbeleitung aus, daß die Versammlung eine Revo-
lution an die Direktion richten und in dieser die Erfüllung des
Proportionalwahlsystems bei der Arbeiterausschusswahl fordern
werde. Wie im Vergleichsreferat Westfalen die Bleibekommission
gemeinsam zusammenarbeitete, so müsse der Arbeiterausschuß bei
Darmstadt auch zusammenarbeiten. In der Diskussion mußte sich Herr
Schumacher von unserer Seite sagen lassen, daß sein Bleibekomitee
vergeblich sei, daß die von 25 Personen besuchte Versammlung seiner
Hoffnung gar nicht entsprechen könne, weil 25 Arbeiter über die
Säfte von 1700 Arbeitern hinweg nicht vertreten unternehmen kön-
nen. Das sollen denn auch Herrn Schumacher einzuleuchten, bema-
in seinem Schluswort ging er hieraus gar nicht mehr ein, sondern
wirkt weit ab vom ursprünglichen Thema. Unter Missbrauch seines
Schluswortes erzählte er, daß unser Kollege K e l t h e i schon beim
Abzug von Württemberg geflüchtet habe, daß der Berliner Stadt-
verordnete Paul S i n g e r in einer Sitzung vor einigen Jahren
erklärt hätte, daß Proportionalwahlssysteme eigne sich nicht für die
Berliner Gewerbegerichtswahlen, wo sonst doch die Sozialdemokratie
sich den Schein gebe, als wolle sie Gerechtigkeit u. s. w. Dies alles
tat denselbe Herr Schumacher, der im weiteren Verlauf der Versammlung
unseren Kollegen G a g e r (Stuttgart) der Intoleranz gleich
beschuldigt, weil dieser, nachdem der Vorsitzende die Versammlung
regelrecht geschlossen hatte, die anwesenden Vertrauensleute und
Arbeiterausschusmitglieder aufforderte, ihm noch einen Augenblick
Gehör zu schenken. Unmittelbar nach dieser Aufforderung wollte der
Vorsitzende F u c h s (Gewerbevereinssekretär in Cannstatt) die Eigen-
schaften eines wirklichen Fuchs betonen, indem er ebenfalls aus-
rief: „Auch die Kollegen des Gewerbevereins werden ersucht, noch zu
einer anderen Besprechung hier zu bleiben.“ Darauf hatten wir ge-
wartet, der „Fuchs“ war also tatsächlich in die Halle gegangen. Und
nun begann die Berzausung der von Widersprüchen wimmelnden
Rede des Herrn Schumacher. Nach wenigen Minuten kam bei jenen
die Dämmerung. Feuer merkte, daß sie in die Falle gegangen wa-
ren, und nun gaben sich Schumacher und Fuchs verzweifelte Mühe,
durchzudringen. Sie erhoben Anspruch auf das Hausrrecht und
drohten, von diesem Gebrauch zu machen. Heftige, leidenschaftliche
Vorwürfe wurden von beiden Seiten erhoben. Es entstand Lärm.
Rufe wurden laut: „Weiter reden!“ Auch der Wirt des Lokals
wurde herbeigerufen, der erklärte, daß wenn die Versammlung be-
reits geschlossen war, der Gewerbeverein auf den Saal keinen An-
spruch mehr habe, da der Saal diesem nur für die Zeit der Ver-
sammlung zur Verfügung gestanden hätte. Darauf nahm die Ver-
sammlung ihren Fortgang. Das Schluswort Schumachers wurde
auf seine Hieb- und Stichfestigkeit untersucht. Die Gewerbevereinler
schickten sich dann an, den Saal zu verlassen und gebärdeten sich
trotz ihrer Ungezogenheit als Märtyrer. Dieses Vorkommen ist
den wir nicht so ausführlich geschildert haben, wenn Herr Schu-
macher nicht ausgesprochen hätte, daß er fortan in jeder Versamm-
lung anwesend bleiben würde, auch dann noch, wenn die Mitglieder
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ausdrücklich wünschten, allein
zu sein. Sollte Herr Schumacher eine solche Unanständigkeit unter
Betrug auf die Vorgänge in Untertürkheim in der Tat durch-
aussehen suchen, so lennen unsere Kollegen nun mehr das Spiel und
werden ihre Maßnahmen danach einzurichten wissen.

Metalldrucker.

Lüdenscheid. Der Streik der Metallarbeiter bei der Firma Gerhardt & Co. ist nach $8\frac{1}{2}$ wöchentlicher Dauer beendet worden, nachdem eine Verständigung mit der Firma erzielt worden war. Der von der Firma geplante Abzug ist nicht in Kraft getreten, vielmehr wurde eine vollständig neue Ullordliste aufgestellt, nach der die Arbeiter den alten Lohn verdienen. Ferner wurde erreicht, daß der Arbeiterausschuß in der Weise verstärkt wird, daß von jeder Branche der Aluminiumabteilung ein Delegierter in denselben entsandt wird. Maßregelungen wegen dem Streik dürfen nicht stattfinden, auch keine anderen Gründe gesucht werden, um die Entlassung herbeizuführen. Sämtliche Arbeiter, auch die in den Sympathiestreik eingetretenen Klempner, Nieter und Schleifer, wurden wieder eingestellt. Hoffentlich ziehen die Metallarbeiter die Lehre aus dem Streik, daß auch in unserer Gegend mit Erfolg gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gekämpft werden kann, wenn die Mehrzahl der Arbeiter sich der Organisation angeschlossen hat. Aufgabe unserer Kollegen ist es, noch mehr als bisher für den Verband zu agieren, damit auch der letzte Metallarbeiter der Organisation zugeführt wird.

R u n d s c h a u .

Sozialdemokratische Wahl siege.

Unserer Notiz mit der gleichen Ueberschrift in der vorletzten Nummer können wir eine $\frac{1}{2}$ neue Fortsetzung folgen lassen. In Baden haben die Stichwahlen am 31. Oktober noch weitere 10 Mandate gebracht, so daß dort die sozialdemokratische Landtagsfraktion aus 20 Abgeordneten besteht (früher 12). Das Zentrum hatte früher 28 Sitze, jetzt 26, die Nationalliberalen hatten früher 23, jetzt 17.

Während die Sozialdemokratie in Baden hauptsächlich gegen den in vielen Gegenden übermächtigen Einfluß der Zentrumsparteien im Priesterstand zu kämpfen hat, hat sie in Sachsen fast das ganze Bürgertum und die Behörden gegen sich. Auch die Regierung scheint die Bekämpfung der Sozialdemokratie für ihre vornehmste Aufgabe zu halten. Unter solchen Umständen erschienen die sozialdemokratischen Wählerfolge in Baden nicht so überraschend wie die in Sachsen. Höchst schmerzlich muß die Überraschung allerdings für die Männer des elend schlechten sächsischen Landtagswahlrechts gewesen sein. Sie glaubten offenbar, daß höchstens eine ganz geringe Zahl von Sozialdemokraten in den Landtag eintringen könnte. Und nun errangen die Sozialdemokraten bei den Hauptwahlen 15 Siege und bei den Stichwahlen noch weitere 10. Nun bilden die 25 Sozialdemokraten die drittstärkste Fraktion im Landtag. Ihrer Wichtigkeit wird die stadtreactionäre Gemeinschaft der sächsischen bürgerlichen Parteien leider gar zu oft Grenzen setzen, aber ohne Erfolg wird das Anwachsen der sozialdemokratischen Fraktion sicher nicht sein.

Aber noch ist die Zahl der sozialdemokratischen Siege nicht erschöpft. Jetzt ist die Zeit der Kommunalwahl gekommen. Bei den Berliner Stadtvorordnetenwahlen zur dritten Wahlperiode im 16 Bezirken hatten die Sozialdemokraten bisher elf Sitze. Sie gewannen diese sämtlich wieder und eroberten drei neue dazu. Der Freisinn verlor sämtliche Sitze. In Altona, wo dank des sogenannten Zensuswahlrechts bisher noch kein einziger Sozialdemokrat im Stadtcollegium saß, werden jetzt fünf darin sein. In Görlitz wurden vor vier Jahren durch die Beseitigung der Bezirkswahlen vier Sozialdemokraten aus dem Stadtverordnetenkollegium verdrängt. Bei den gestrigen Wahlen wurden diese vier Mandate nicht nur wieder gewonnen, sondern noch vier neue hinzugefügt. In Prenzlau wurde zum ersten Male unter dem Verhältniswahlsystem gewählt. Bisher hatten die Sozialdemokraten sieben Sitze im Stadtvorordnetenkollegium, diesmal haben sie zehn bis elf Mandate gewonnen. Ferner sind noch in Arnstadt fünf Sozialdemokraten gewählt worden. In Söhl, der Hochburg des Zentrums, gelang es den Sozialdemokraten zwar noch nicht, bei den Stadtvorordnetenwahlen zu siegen; sie erhielten 1907: 3463, jetzt 10 660, haben also 7197 Stimmen gewonnen. Das ist in Anbetracht der Verhältnisse ein wahrhaft glänzender Erfolg.

Wenn diese Zeilen in den Händen ihrer Leser sein werden, wird die Tagespresse sicher schon von neuen Fortschritten, wenn auch nicht immer von neuen Stegen, berichtet haben. Wenn doch jetzt Stadttag und Worte! So sprechen jetzt viele Lachende von Lippen und Laujende und Abertausende von

